

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA
127.
SITZUNG
13-7-1967

Presidente: PUPP

Vicepresidente BERTORELLE

INDICE

Disegno di legge n. 96:

« Ulteriore finanziamento della legge regionale 4 ottobre 1965, n. 11, contenente agevolazioni per insediamenti industriali in Regione »

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 96:

Neufinanzierung des Regionalgesetzes Nr. 11 vom 4. Oktober 1965 über Erleichterungen zugunsten der Ansiedlung von Industrieunternehmen in der Region »

Seite 3

Ore 10.15

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 12.7.1967.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Riprende la discussione generale sul *disegno di legge n. 96: « Ulteriori finanziamenti della legge regionale 4 ottobre 1965, n. 11, contenente agevolazioni per insediamenti industriali in Regione »*.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich hätte zu diesem Gesetzentwurf nicht das Wort ergriffen, wenn ich nicht durch die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Molignoni dazu gezwungen worden wäre, der es als zweckmäßig

erachtet hat, eine Diskussion einzuführen, die mit dem Landesraumordnungsplan der Provinz Bozen zu tun hat und die nach meiner Ansicht nicht unbedingt für die Beurteilung dieses Gesetzentwurfes notwendig ist, weil es sich hier darum handelt, bereits vorliegende Gesuche zu finanzieren, über deren grundsätzliche Zulässigkeit ja kein Streit herrscht. Aber ich bin dazu gezwungen, weil es ja doch parlamentarisch richtig ist, daß man, wenn man das Vorbringen gewisser Argumente nicht für richtig erachtet, dazu Stellung nimmt. Ich war allerdings der Ansicht, daß über diese Frage zuerst im Landesauschuß und dann im Landtag von Bozen gesprochen werden sollte, und zwar deswegen, weil ja die im Landesauschuß vertretenen italienischsprachigen Parteien am 6. Juni der Südtiroler Volkspartei eine Denkschrift überreicht haben, zu der ich Gegenausführungen verfaßt habe, die noch nicht überreicht worden sind. Daher hätte ich es vorgezogen, daß diese Diskussion zuerst im Landesauschuß erfolge. Trotzdem möchte ich kurz Stellung nehmen, zumindest aus der Pflicht heraus, um die mir als nicht richtig erscheinenden Punkte in den Ausführungen des Abgeordneten Molignoni zu berichtigen, und zwar innerhalb des Gremiums,

in dem sie gesagt worden sind. Ich entschuldige mich dabei bei meinen Kollegen sei es des Landesausschusses wie des Landtags, daß ich gewisse Dinge vorwegnehme, die eigentlich zuerst andernorts hätten besprochen werden sollen. Ich beschränke mich in meinen Gegen Ausführungen auf einen Punkt: Kernfrage der Auseinandersetzung zwischen den Sprachgruppen über den Landesraumordnungsplan, über das sogenannte Leitbild, stellt die Bevölkerungsprognose für 1981 dar, d.h. also der in Frage kommende Planungszeitraum und der daraus abzuleitende Bedarf an industriellen Arbeitsplätzen.

Im Entwurf des Landesraumordnungsplanes, der an die Landtagsmitglieder verteilt worden ist, ist von rund 460.000 Einwohnern im Jahr 1981 in der Provinz Bozen die Rede gegenüber den rund 374.000 gemäß Volkszählung 1961. Aus den 460.000 Einwohner werden gemäß einer unbestrittenen Methode rund 12.000 industrielle Arbeitsplätze abgeleitet, abgesehen von den Arbeitsplätzen im tertiären Sektor. Und diese Zahl von 12.000 industriellen Arbeitsplätzen scheint auch im Bericht des Regionalassessors Albertini zum Haushalt 1967 auf, in dem auch darauf hingewiesen wird, daß bisher, und zwar auf Grund der subventionierten Industrieansiedlungen, 116 Quadratmeter pro Arbeitsplatz beansprucht worden sind.

Nun, wie gesagt, die Kernfrage ist die Bevölkerungsprognose für 1981. Wie ich die Stellungnahmen der im Landesauschuß vertretenen italienischsprachigen Parteien gelesen hatte, kam mir vor, daß sich die Diskussion eigentlich — und ich habe mir dabei gedacht: Gott sei Dank! — von der sogenannten politischen auf eine rein wissenschaftliche Ebene verlagern könnte, soweit dies überhaupt nach dem Stand der Wissenschaft möglich ist. Denn

ob im Jahre 1981 in der Provinz Bozen, wie es in dieser italienischen Stellungnahme heißt, 500.000 Einwohner oder 460.000 Einwohner sein werden, wie wir annehmen, darüber kann nicht eine politische Abstimmung, sei es des Landtags, des Regionalrats oder des Parlaments entscheiden, sondern das müßte sozusagen der einwandfreiesten wissenschaftlichen Methode überlassen werden, wobei ich unter einwandfreiester wissenschaftlicher Methode jene verstehe, die, sagen wir, offiziell in Italien, wie in der EWG und in den Vereinten Nationen angewendet wird. Ich glaube, man könnte sich ohne weiteres auf diese Methode verlassen.

Nun muß ich dazu feststellen, daß die von uns verwendete Methode, die sogenannte Methode der Exponentialfunktion, in Italien vom Amt für Programmierung in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Statistik verwendet wird. Diese Methode hat auch eine offizielle Sanktion erhalten durch das jüngst veröffentlichte Ministerialdekret vom 16. März 1967, das in einer Sonderausgabe der Gazzetta Ufficiale vom 15. Juni 1967 veröffentlicht worden ist, wo gemäß Gesetz vom 4. Februar 1963 der Entwurf eines Generalplans für die Wasserversorgung von ganz Italien bekanntgegeben ist und zur Errechnung eben des Wasserbedarfs der Bevölkerung auch die Bevölkerungszahl, und zwar gemeindeweise, für das Jahr 2015 angegeben ist. In diesem Ministerialdekret werden für die Provinz Bozen im Jahre 2015 — man muß es aus der Zahl, die für die einzelnen Gemeinden aufscheinen, errechnen — 503.000 Einwohner angegeben. Dies entspräche nach dem, was der Abgeordnete Mognoni gestern gesagt hat, der Bevölkerungszahl für das Jahr 1981.

Wenn wir also diese Methode, die in diesem Generalplan für die Wasserversorgung angewendet wird, befolgen, kommen für das Jahr

1981 440.000 Einwohner heraus. Mit derselben Methode sind wir mit einer kleinen Auf- und Abnahme, möchte ich sagen, auf 460.000 gekommen, und diese 460.000 entsprechen eben 12.000 Arbeitsplätzen.

Der Abgeordnete Mognoni hat dann weiter gefolgert, daß pro Arbeitsplatz eine Industriefläche von 135 Quadratmetern vorgesehen werden müsse, wenn ich richtig verstanden habe. Auf der einen Seite heißt es nun im Bericht Albertini zum Haushalt, daß es in den bisherigen Industrieansiedlungen, die im Auftrag der Region von der Provinz in diesen Jahren seit 1961 subventioniert worden sind, in der Provinz Bozen 116 m² pro Arbeitsplatz trifft. Im Landesraumordnungsplan sind wir von 80 m² ausgegangen, weil sich diese Zahl seinerzeit, sagen wir um das Jahr 1960 herum, ergeben hatte. Jetzt möchte ich sagen, daß es nach meiner Ansicht richtig ist, wenn wir uns den Tatsachen angleichen, die durch den technologischen Fortschritt und durch die Automation entstanden sind, so daß ein immer höheres Verhältnis zwischen Arbeitsplatz und Fläche zustandekommt. Sagen wir also statt 100 150, wobei die Tendenz eher noch nach oben geht. Diese Anpassung erscheint mir notwendig, auch wenn im Entwurf, dessen Vorarbeiten eben vor Jahren gemacht worden sind, nur 80 m² angegeben sind.

Dazu möchte ich lediglich sagen, daß in diesen letzten 6 Jahren, also seit der letzten Industriezählung vom Oktober 1961, rund 200 Hektar neue industrielle Flächen ausgewiesen worden sind, und zwar in den Bebauungsplänen, die zum größeren Teil genehmigt und zum kleineren Teil in Ausarbeitung begriffen sind; dabei beziehe ich mich allerdings nicht nur auf die Bezirkshauptorte, wo wir die größeren Industriezonen vorgesehen haben, sondern auch auf kleinere Orte, wo kleinere Industriezonen

entstanden sind. Es sind also 200 Hektar neue Industrieflächen ausgewiesen worden, von denen rund ein Drittel tatsächlich besetzt sind. Man könnte dazu sagen: Wenn 200 Hektar anstelle der 150 Hektar ausgewiesen werden und diese 200 Hektar auf die 12.000 Arbeitsplätze, wie sie sich aus der Bevölkerungszahl von 460.000 ergeben, bezogen werden, dann ergibt sich daraus ein Verhältnis Arbeitsplatz zur Fläche von sogar 166 m², sogar mehr als der Abgeordnete Mognoni angenommen oder verlangt hat.

Das ist eigentlich alles, was ich dazu sagen wollte. Ich möchte jetzt nicht andere Dinge aus dem Landesraumordnungsplan vorbringen, sondern nur zum Ausdruck bringen, daß es meiner Meinung nach für uns — ich meine jetzt den Landtag, den Landesauschuß von Bozen — nicht schwer sein dürfte, auf Grund einer einwandfreien wissenschaftlichen Methode eine Einigung für das Leitbild, was die sogenannte Industrialisierung betrifft, zu finden.

Non avrei preso la parola su questo disegno di legge se non mi ci fossi visto costretto dalle argomentazioni ieri avanzate dal consigliere Mognoni, il quale ha ritenuto opportuno avviare una discussione che si connette, in qualche modo, al piano provinciale di coordinamento territoriale, discussione a mio avviso quasi ai fini di un giudizio su detto disegno di legge, in quanto si tratta qui di stanziare fondi per finanziare domande già presentate, sulla cui ammissibilità non vi sono, in linea di massima, divergenze di sorta. Mi vedo dunque costretto, ripeto, a prendere la parola poiché è giusto, sotto il profilo parlamentare, che qualora l'esposizione di determinati argomenti non suoni esatta, si prenda posizione in merito. A dire il vero ero del parere che sulla presente questione si dovesse discutere prima alla Giunta provinciale ed in seguito al Consiglio provinciale di Bol-

ziano, e questo appunto perché il 6 giugno i rappresentanti, in seno alla Giunta provinciale, dei partiti di lingua italiana hanno inoltrato alla S.V.P. un promemoria nel quale hanno esposto delle contro-deduzioni, promemoria che peraltro non è ancora stato consegnato. Questo il motivo per cui avrei preferito che la discussione venisse tenuta prima in seno alla Giunta provinciale. Vorrei comunque, almeno per un senso di dovere, prendere brevemente posizione, al fine di rettificare quei punti che nelle argomentazioni del consigliere Molignoni reputo inesatti, e procedervi nell'ambito dello stesso Consesso nel quale sono stati esposti. Vogliano scusarmi i colleghi sia della Giunta provinciale che del Consiglio provinciale, se parlerò di certe cose sulle quali, in effetti, si sarebbe dovuto discutere prima in altra sede. Limiterò le mie contro-deduzioni ad un punto: Il problema di fondo nel contrasto fra i gruppi etnici, circa il piano provinciale di coordinamento territoriale, è rappresentato per quanto riguarda il cosiddetto concetto guida, dal pronostico concernente l'incremento demografico fino a tutto il 1981, vale a dire, è rappresentato dallo spazio di tempo richiesto per la programmazione relativa al fabbisogno di posti di lavoro nell'industria.

Nel progetto del piano provinciale di coordinamento territoriale, distribuito ai membri del Consiglio provinciale si parla, per il 1981, di una cifra tonda, per la provincia di Bolzano, di 460.000 abitanti, contro i 374.000 censiti nel 1961. In relazione a questa cifra di 460.000 abitanti è emersa, da un indiscusso metodo di accertamento, una esigenza per il settore industriale di 12.000 posti di lavoro, e ciò a prescindere dalla necessità dei posti di lavoro nel settore terziario. Questo risulta anche dalla relazione sul bilancio 1967, redatta dall'assessore regionale Albertini, relazione nella quale si fa pure cenno che in base agli insediamenti industria-

li finora sovvenzionati, è stata richiesta, per ogni singolo posto di lavoro, un'area di 116 m².

Ordunque, il problema di fondo consiste, come già detto, nel pronostico demografico per il 1981. Allorché leggendo, ho preso atto della presa di posizione dei rappresentanti di lingua italiana in seno alla Giunta provinciale, mi è parso di capire che, grazie al Cielo, la discussione potrebbe in effetti essere spostata dal cosiddetto piano politico su di un piano prettamente scientifico, almeno per quanto lo consenta oggi il livello scientifico raggiunto. Infatti, nè il Consiglio provinciale, nè quello regionale e neppure il Parlamento, sono in grado di stabilire attraverso una votazione politica se la popolazione, stante a quanto affermato dai rappresentanti italiani, assommerà nel 1981, in provincia di Bolzano, alle 500.000 o 460.000 unità che noi pronostichiamo, ma questo computo dovrebbe venire per così dire rimesso ad un ineccepibile metodo scientifico, quel metodo cioè, adottato ufficialmente in Italia, come pure nel MEC e presso le Nazioni Unite e del quale credo ci si potrebbe fidare senz'altro.

A tal proposito va considerato che il metodo di cui ci serviamo noi, il cosiddetto sistema della funzione esponenziale, è usato in Italia anche presso l'Ufficio programmazioni, in collaborazione con l'Istituto Centrale di Statistica. Tale metodo è stato pure sancito ufficialmente dal recente decreto ministeriale del 16 marzo 1967, pubblicato in una edizione della Gazzetta Ufficiale del 15 giugno 1967, nella quale, a norma della legge del 4 febbraio 1963, è pubblicato altresì il progetto di un piano generale relativo all'approvvigionamento idrico per tutta l'Italia; inoltre, ai fini appunto del calcolo sulla quantità di acqua necessaria a soddisfare le esigenze della popolazione nei singoli Comuni, è reso noto, sempre sulla Gazzetta Ufficiale, anche il numero di abitanti previsti per il 2015,

la cui cifra, calcolata in base all'entità numerica dei singoli Comuni della provincia di Bolzano, è indicata in 503.000 unità. Questa cifra corrisponderebbe, stante quanto affermato ieri dal consigliere Molignoni, al numero di abitanti previsti per il 1981 in provincia di Bolzano.

Attenendoci pertanto al metodo applicato per il piano generale relativo all'approvvigionamento idrico arriviamo, per il 1981, alla cifra di 440.000 abitanti. Sempre in base al metodo in parola, siamo giunti, arrotondando leggermente la cifra, a 460.000, alla cifra cioè cui corrisponde l'esigenza di 12.000 posti di lavoro.

Il consigliere Molignoni ha poi concluso sostenendo la necessità, se ho ben capito, che debba essere prevista, per ogni posto di lavoro, un'area industriale pari a 135 m². Dalla relazione sul bilancio, redatta dall'assessore Albertini, risulta d'altro canto che finora nell'insediamento delle industrie in provincia di Bolzano, sovvenzionate, a partire dal 1961, dalla provincia per delega della Regione, è stata calcolata per ogni posto di lavoro un'area di 116 m². Nel piano provinciale di coordinamento territoriale siamo partiti dagli 80 m², dalla cifra cioè risultata da un computo effettuato attorno al 1960. Vorrei ora dire che ritengo giusto per noi adeguarci a quella realtà di fatto cui si è giunti attraverso il progresso tecnologico ed attraverso l'automazione, onde raggiungere una sempre più equiparata proporzione tra il posto di lavoro e la relativa area industriale. Calcoliamo il rapporto a 150 anziché a 100, tendente, se mai, al rialzo. Reputo necessario questo adeguamento, anche se nel progetto elaborato appunto anni orsono, son stati indicati soltanto 82 m².

In merito vorrei soggiungere che in questi ultimi 6 anni, ossia dall'ultimo censimento industriale dell'ottobre 1961, sono stati destinati 200 ettari di nuove aree industriali e precisamente nei piani regolatori comunali, di cui la

maggior parte già approvati, mentre il numero più esiguo degli stessi è in fase di elaborazione; con ciò non mi riferisco soltanto a quei capoluoghi circoscrizionali nei quali abbiamo previsto la creazione delle maggiori zone industriali, bensì anche alle località minori in cui sono sorte zone industriali meno estese. Dicevo dunque che sono stati destinati allo scopo 200 ettari di aree industriali, di cui un terzo già accupate. Si potrebbe aggiungere in proposito: Riservando per i 12.000 posti di lavoro necessari alle esigenze di 460.000 abitanti, 200 ettari anziché 150 ne risulterebbe, rapportata al posto di lavoro, addirittura una area di 166 m², superiore cioè finanche a quanto supposto o preteso dal consigliere Molignoni.

Questo è in effetti tutto quanto volevo dire sulla questione. Non intendo ora dilungarmi su altre cose inerenti al piano provinciale di coordinamento territoriale, ma limitarmi a rimarcare che, a mio avviso, non dovrebbe essere difficile per noi, intendo per il Consiglio e la Giunta provinciale di Bolzano trovare, in base ad un ineccepibile metodo scientifico, la via di intesa su quanto riguarda il concetto guida per la cosiddetta industrializzazione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.U.): Brevemente. Durante la discussione generale io avevo chiesto al signor assessore la fornitura di alcuni dati ed elementi, per vedere quale è stata la partecipazione della Regione in iniziative sulla legge 11 e la legge 21. Indubbiamente riconosciamo valido senz'altro nel campo della industrializzazione questo sistema di intervento e riconosciamo altrettanto valida la necessità di un ampliamento, di un potenziamento nel settore industriale per l'assorbimento della manodopera che, pen-

so, è l'iniziativa più importante nel campo dell'elevazione del tenore di vita delle popolazioni; quindi sulla necessità e l'esigenza di un incremento della industrializzazione, il nostro gruppo è sempre stato su posizioni decisamente chiare e favorevoli e ora vede questo nuovo intervento in senso favorevole. Al signor assessore io avevo chiesto alcuni elementi per avere una certa garanzia che gli investimenti e le spese della Regione avrebbero raggiunto l'obiettivo per il quale abbiamo dato il nostro appoggio. Signor assessore, solo stamattina ho potuto avere gli elenchi, mi dispiace di non averli potuti avere prima perché li avrei consultati con maggior tranquillità. Così le mie richieste di chiarificazione, signor assessore, saranno un po' improvvisate. Pensavo che stamattina ci fosse un allungamento della discussione generale e quindi avere il tempo opportuno per poter vedere meglio questi elenchi. E mi consenta, signor assessore, di citare alcuni casi e lei cortesemente vorrà dirmi se effettivamente la localizzazione degli interventi regionali danno o daranno una garanzia di sviluppo, perché credo sia necessario stabilire che eventuali iniziative non costituiscano un dato negativo per il potenziamento dell'industrializzazione. Io vedo per esempio un intervento a Sarnonico con una spesa di 5 milioni, non ha importanza l'entità della spesa, dove si dice: nessun insediamento attualmente previsto. Cosa vuol dire? Vuol dire che qui si è intervenuti, si è creata una zona industriale, si sono dati dei contributi, però si è bloccata la possibilità di intervenire a favore di altre eventuali iniziative. Vedo che Rovereto ha 154 milioni, con un contributo di 7 milioni e 700 mila lire annue, il che significa un intervento sostanzioso. A fianco vi è indicato « officine meccaniche da insediare », c'è perlomeno la prospettiva che verranno insediate o non verranno insediate. Signor assessore, le trattative o

l'insediamento in corso lei lo ha indicato nella sua elencazione, quindi se ci fosse stato indicato « trattative o insediamento in corso », questa mia domanda sarebbe stata superflua. Viceversa io vedo qui altri interventi a Rovereto attualmente non ben definiti; è previsto un insediamento, ma quando e come? Arco: trattative in corso; Cles: trattative in corso; Pergine: insediamento in corso. Poi vedo qui una indicazione di 106 milioni, Clarina e Stella, Fratelli Pizzini a Trento, anche con una indicazione che non è sufficientemente chiara; a Roncone pare non si voglia più insediare, e via di seguito. Io non voglio fare una elencazione di queste indicazioni estremamente generiche, perché sono effettivamente molte, e perché si creerebbe la convinzione che abbiamo immobilizzato dei notevoli contributi in determinate zone dove non si verificheranno mai gli insediamenti e abbiamo distolto tutte queste possibilità che potevano favorire altre zone. Queste indicazioni estremamente generiche riguardano soprattutto la città di Trento.

Io capisco che qualche caso si deve verificare o si verificherà, dove non ci siano delle garanzie di immediato insediamento, dove l'apprestamento delle aree e l'investimento di tutte queste spese non potranno dare un frutto domani, ma qui mi pare che i casi elencati siano eccessivamente numerosi, e non vorrei che se qualche altra zona avanzasse una richiesta si sentisse magari rispondere che non è possibile intervenire per mancanza di fondi.

Questo è soprattutto quello che io desideravo chiedere e cortesemente vorrà darmi una risposta.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? La parola al cons. Bolognani.

BOLOGNANI (D.C.): Brevemente, in

quanto non pensavo di dover intervenire per dichiarare che il partito della D.C. vede con favore questo disegno di legge, il quale rappresenta uno degli strumenti che assicureranno, in via parziale perché altri provvedimenti dovranno fare seguito, quello sviluppo industriale che dalla maggior parte di noi è auspicato, sviluppo industriale che è l'unico che può mettere in moto l'economia verso un miglior assetto che non sia quello di essere caratterizzata da ampie e notevoli zone di depressione. Semmai c'è da sottolineare, in relazione a questo disegno di legge, come non sia stata prevista con un certo tempismo, la possibilità anche per le province di acquistare aree da sole o in consorzi con amministrazioni comunali. Mi pare che questa attenzione sia fatta propria dalla Giunta regionale, per cui altri provvedimenti, che noi desideriamo seguino presto, ne terranno conto. Ogni giorno infatti si assiste a difficoltà di comuni, che meritano uno sviluppo ma che non hanno assoluta possibilità di costituire anche un minimo patrimonio di area industriale o di insediamenti industriali che possono interessare più comuni.

Per quanto riguarda il discorso fatto dal collega Vinante, io sono d'accordo sulla sua seconda parte, nel senso che il piano di sviluppo dovrebbe essere tale da non far sì che sia acquistata l'area in una tal località e poi resti lì inutilizzata, e magari un'altra località che riesce a interessare qualche operatore economico, si trova con i fondi di questa legge asciugati e quindi impedita a dar corso anche a un modesto processo di industrializzazione. C'è però da tener presente anche il fenomeno inverso e sarebbe da auspicarsi che esista un grosso patrimonio di aree, perché abbiamo magari gli operatori che cercano, le aree non ci sono e si devono fare delle corse a mettere in piedi l'area; per cui se la legge potesse operare con ricchezza di mezzi e

consentisse, almeno a quei comuni che rappresentano o possono rappresentare dei poli di sviluppo industriale, la disponibilità di un patrimonio di aree, non penso che sarebbero investimenti negativi.

Ieri sera il prof. Molignoni ha introdotto, nel dibattito generale su questa legge, un discorso interessante per l'impegno e anche per i dati che ha portato in questa sede. Io non sono in grado di contestare i dati che il collega Molignoni ha portato qui. Ritengo però che non ci sia la necessità di discuterli in questa sede o in altre sedi, perché i dati che il collega Molignoni ha portati qui sono senz'altro dettati da differenti metodologie nel fare questi studi, queste ricerche. Quando sento affermare che per la provincia di Trento bastano certe cifre di posti di lavoro, io devo dedurre che gli studi fatti in tre-quattro anni per l'elaborazione di un piano urbanistico provinciale sono stati fatti alla leggera, e ciò non mi sento di affermarlo. Ritengo invece che siano diverse le basi di partenza per cui un incontro, partendo da metodi diversi, è impossibile che sia fatto. Senza voler addentrarmi in questo discorso, che altri meglio di me lo potrebbe fare e sarebbe rubare tempo all'economia di questo dibattito, penso che i dati che il collega Molignoni ha portato qui siano da prendere in considerazione più per natura accademica che per un discorso politico. Sta di fatto che noi della provincia di Trento abbiamo previsto le aree industriali per oltre 40.000 posti di lavoro e a quel calcolo ci si è arrivati seguendo diverse procedure, seguendo metodi rigorosi, per cui ritengo che i dati del collega Molignoni, anche se saranno meritevoli di essere discussi, non portino indicazioni tali da essere accolte sic et simpliciter.

Questo ritenevo di doverlo sottolineare,

proprio nella veste di consigliere regionale della provincia di Trento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Posch.

POSCH (S.V.P.): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nur einige Bemerkungen grundsätzlicher Natur, die ich besonders an das gestern Gesagte anfügen möchte. Wir wissen, daß das vorliegende Gesetz Erleichterungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben vorsieht, und zwar in der Form von Zuschüssen, die direkt an die Lokalkörperschaften, an die Gemeinden gegeben werden, die somit die Verantwortung und die Entscheidung über die Wahl des Standortes der zu errichtenden Industrien übernehmen. Diese Zuschüsse werden in dem Maße gegeben, daß sie für ein aufzunehmendes Darlehen von 1 Milliarde 400 Millionen Lire je Provinz ausreichen. Ich muß sagen, ich finde es sehr nützlich und opportun, daß die Gemeinden direkt an der Beschaffung des Industriebaulandes interessiert werden. Damit ist die Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze für einheimische Arbeitskräfte gegeben.

Nun hängt es jetzt davon ab, wie sich die verschiedenen Industrialisierungsinitiativen in unserem Land, in der Region, in den Provinzen räumlich verteilen. Man spricht von einer zentralisierten und von einer dezentralisierten Industrialisierung. Ich bin der Ansicht, daß eine zu starke Zentralisierung auf wenige Orte oder Städte zwangsläufig zu einer Entvölkerung der anderen Tal- und Landgebiete führt, mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen. Aus diesem Grund wäre ich der Ansicht, daß wir in Zukunft bei unseren Überlegungen vorwiegend für eine dezentralisierte Industrialisierungspolitik eintreten müssen. Ich glaube, daß wir nur mit diesem System den Problemen, die sich uns besonders in dieser Zeit der Umstrukturierung

stellen, zu Leibe rücken können. Ich glaube, daß wir durch die dezentralisierte Industrialisierung erstens einmal der Abwanderung am wirksamsten entgegentreten können, indem wir dafür sorgen, daß die Arbeitsmöglichkeiten an Ort und Stelle oder in nächster Nähe der Siedlungen, der Wohnstätten errichtet werden, zweitens bremsen wir damit auch das Überhandnehmen des Pendelwesens. Das Pendelwesen trägt auch dazu bei, mit der Zeit Gemeinden und Fraktionen, ja ganze Talschaften zu entvölkern, denn das Pendeln artet in der Regel zur Abwanderung aus. Das Pendeln soll eine Ausnahme, eine Übergangslösung sein, darf aber nie eine definitive Lösung darstellen. Wir müssen daher sorgen — und deshalb sage ich « Dezentralisierung » —, daß die Arbeitsplätze möglichst in der Nähe der Siedlungen der Talgemeinschaften, der Gemeinden und Wohnstätten sind, nicht nur weil dadurch das Pendeln eingeschränkt wird, das, wie wir alle wissen, die Arbeitskraft des Pendlers schmälert, die Freizeit des Arbeiters reduziert und ihn daher auch in seinen Pflichten gegenüber der Familie, gegenüber der Gemeinde und dem öffentlichen Leben einschränkt, sondern auch, weil die Gemeinden durch das Pendeln und durch das daraus zwangsläufig sich ergebende Abwandern in eine schwere finanzielle Lage hineinschlittern, denn praktisch müssen die Steuerlasten der in den Gemeinden Verbleibenden — und das sind zum Großteil die in der Landwirtschaft Arbeitenden — zwangsläufig erhöht werden.

Die in Betracht kommenden Lokalkörperschaften, also die Gemeinden, sollten sich außerdem bei der Wahl, bei der Bereitstellung, bei der Abgabe des Industriebaulandes nicht nur auf einen einzigen Industriebetrieb festlegen. Diesen Gedanken möchte ich hier zur Erwägung geben, besonders für die Gemeinden,

die auf der Suche des Industriebaulandes und der Unternehmungen sind. Man darf meiner Ansicht nach das Gedeihen oder Verderben einer mittleren oder größeren Gemeinde, einer Talschaft nicht allein den Konjunkturschwankungen einer einzigen Wirtschaftssparte unterordnen. Dann geht es so, wie es eben in manchen Fällen in der Vergangenheit gegangen ist, daß solche Versuche dann schlechte Früchte getragen haben, zum Schaden für die öffentliche Hand, die dort interveniert hat und zum Schaden für die Arbeitnehmer, die dort glaubten einen dauerhaften Arbeitsplatz gefunden zu haben.

Außerdem, glaube ich, muß man auch den Arbeitnehmern bei unserer ganzen Industrialisierungspolitik die Möglichkeit bieten, zwischen mehreren Arbeitsplätzen wählen zu können. Bei Beachtung solcher und ähnlicher Grundsätze, meine Damen und Herren, kann, glaube ich, vieles an unserer gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur verbessert werden. In diesem Sinne und unter der Voraussetzung, daß es dazu beiträgt, wirklich gesunde industrielle Ansätze zu schaffen, neue Unternehmungen zu fördern und unsere Bevölkerung, vor allem unsere einheimische Jugend, mit Dauerarbeitsplätzen zu versorgen, ist dieses Gesetz wirklich zu begrüßen.

Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Consentitemi solo alcune basilari osservazioni che tengo ad aggiungere a quanto già esposto ieri. Sappiamo che la presente legge prevede facilitazioni per l'insediamento di aziende industriali, e le prevede propriamente sotto forma di contributi da assegnarsi direttamente agli enti locali, ai Comuni, cui spetterà in tal modo la responsabilità di decidere sulla scelta del luogo ove insediare le nuove industrie. La misura con cui si procederà all'assegnazione di tali contributi, consentirà ad ogni provincia di contrar-

re mutui per un importo di 1 miliardo e 400 milioni di lire per provincia. Devo ammettere che ritengo assai utile ed opportuno che i Comuni vengano interessati direttamente a procurarsi le aree industriali. Ciò costituisce la premessa alla creazione di nuovi posti di lavoro per la locale mano d'opera.

Tutto dipende ora, dando corso nel nostro territorio, nella Regione, nella nostra provincia alle iniziative, dal come si procederà, nel quadro del dislocamento, a questa industrializzazione. Si parla di industrializzazione centralizzata e decentrata. Io sono del parere che un troppo forte accentramento in pochi centri o città, condurrebbe fatalmente ad uno spopolamento delle vallate e delle zone rurali, con relative conseguenze. Per questo motivo sono dell'avviso che in futuro i nostri sforzi debbano tendere prevalentemente ad una politica di industrializzazione decentrata. Credo che solo così si potranno fronteggiare risolutivamente quei problemi connessi alla ristrutturazione in corso. Penso inoltre che una industrializzazione decentrata ci consentirebbe, mediante la creazione di nuovi posti di lavoro in loco o almeno nelle immediate vicinanze di quei centri abitati in cui si registra una maggior carenza di posti, ci consentirebbe, ripeto, di risparmiare al lavoratore la spola fra la località di residenza e quella di lavoro, ci permetterebbe di porre freno a questo inconveniente, onde evitare che divenga un fatto permanente e di contrastare così, nella maniera più efficace, il passo alla emigrazione. Infatti il forzato disagio del sistema pendolare fra località di lavoro e località di residenza, contribuisce anch'esso allo spopolamento dei Comuni, delle frazioni e, diciamo pure, di intere vallate in quanto favorisce, di regola, l'emigrazione; pertanto questo sistema pendolare può essere una soluzione di ripiego, una soluzione transitoria ma mai definitiva. Dobbiamo perciò ado-

perarci — ecco perché parlo di « decentralizzazione » — affinché i posti di lavoro vengano creati possibilmente nelle vicinanze degli agglomerati cittadini, dei centri valligiani, dei Comuni, e ciò solo perché verrebbe così a limitarsi quell'inconveniente del movimento pendolare che, come tutti sappiamo, diminuisce il rendimento dei lavoratori, ne riduce il tempo libero, condizionandoli perciò anche in quelli che sono gli obblighi familiari e sociali; non solo per questo dunque, ma anche perché l'emigrazione conseguente, per forza di cose, a queste disagiate condizioni di lavoro, mette in crisi la situazione finanziaria dei Comuni, costringendoli ad aumentare le imposte alla restante popolazione, la maggior parte della quale è occupata nel settore dell'agricoltura.

Gli enti locali interessati nella questione, dunque i Comuni, non dovrebbero trattare il problema della scelta, dell'approntamento, della cessione di aree industriali limitando i loro intendimenti all'insediamento di una unica azienda. Vorrei che questa idea venisse presa in considerazione, specie da quei Comuni che sono alla ricerca di aree industriali e delle imprese che dovranno sorgervi. La prosperità o la rovina di un Comune di media o grossa importanza che sia, o di una intera vallata non devono, a mio avviso, essere subordinate esclusivamente alle oscillazioni congiunturali di un unico settore economico. Questo può condurre al ripetersi di certi casi già verificatisi in passato, di tentativi cioè, il cui cattivo esito è andato a scapito dei pubblici poteri che erano intervenuti, nonché a scapito dei lavoratori stessi, i quali si erano illusi di aver trovato una occupazione stabile.

Ritengo inoltre che tutta la nostra politica d'industrializzazione debba essere orientata in modo tale da poter consentire ai lavoratori la scelta fra diverse occupazioni. Io credo, signori

e signori, che attenendocisi a questi principi di massima e ad altri analoghi, si potrebbe migliorare di molto la nostra attuale struttura economica. In tal senso, e con le premesse che si contribuisca all'insediamento di fattive imprese industriali, all'incremento di nuove iniziative atte ad assicurare alla nostra popolazione, e soprattutto alla locale gioventù, duraturi posti di lavoro, ben venga dunque questa legge!

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Per esprimere, signor Presidente, pochi concetti e, in sostanza, l'assenso del gruppo liberale a questo disegno di legge, e dirò anche alcuni motivi fondamentali per cui ci troviamo in accordo. Innanzitutto noi dobbiamo dare atto che le dichiarazioni che l'assessore aveva fatto in sede di discussione di bilancio preventivo 1967, in cui ha toccato amplissimamente questo tema delle aree industrializzabili, sono state immediatamente e tempestivamente seguite dalla presentazione di questo disegno di legge che noi vediamo, e credo sia visto nel modo esatto, vediamo come immediata e sollecita attuazione dei propositi espressi in quella occasione. Molte delle questioni che si sarebbero dovute trattare in questo momento le possiamo ritenere superate, proprio perché nel corso della discussione del bilancio dell'industria si è entrati abbastanza ampiamente anche nell'esaminare questo settore e questi provvedimenti. Io direi che, anche se poi forse lo farò anch'io, non dovrebbero in questa sede, in questo momento, trovare luogo un'infinità di altre questioni che dovranno essere più chiaramente e più puntualmente toccate in quella seconda giornata della conferenza dell'industria, che io spero sarà il più possibile prossima. La tematica è estremamente ampia. Abbiamo sen-

tito per esempio da parte del collega Molignoni toccare alcuni dati previsionali su quelle che saranno le necessità di posti di lavoro rapportati al 1975. I dati che ha portato il collega Molignoni sono sensibilmente diversi, anche per il Trentino, rispetto a quelli che risultano dagli studi elaborati per la preparazione del piano urbanistico provinciale. Mettersi qui adesso a discuterli mi pare che non sia il caso, perché noi non abbiamo la possibilità di fare degli errori nel senso di intervento eccessivo in questo settore delle aree industrializzabili, sulla base del disegno di legge presentato e che abbiamo in discussione. Per questo semplice motivo, perché — ed è un tema che ho toccato anche altre volte — ormai la Regione Trentino-Alto Adige è purtroppo stata posta, per una serie di fatti che si sono susseguiti dal 1961 ad oggi, è stata posta nella condizione di avere enormi difficoltà a svolgere una efficace politica di incentivazione nel settore dell'industria, su una base e con delle capacità concorrenziali rispetto a quelle politiche di incentivazione che svolgono delle zone a noi vicine, anche se prive degli strumenti dell'autonomia e anche se mancanti dei poteri legislativi. Per cui quello che facciamo nel predisporre questo intervento in materia di aree industrializzabili, è il minimum, è qualche cosa che nelle altre province e nelle altre zone, che cercano di darsi uno sviluppo e una cultura industriale, viene considerato come pacifico, come qualche cosa di cui non si discute neppure. Non c'è zona che voglia industrializzarsi che non dia per scontata la concessione, o a prezzo simbolico o addirittura gratuitamente, del terreno. Ora noi quando andiamo ad investire dei mezzi pubblici per rendere possibile la predisposizione di queste zone industrializzabili, ripeto, facciamo il minimum, per cui non vedo che ci sia la preoccupazione di dire: noi forse qui dobbiamo fare dei calcoli mag-

giormente esatti o cercare comunque di esaminare questo tema, prima di approvare questo disegno di legge.

I dati che per la provincia di Trento abbiamo, — e sono stati, credo, abbastanza resi noti, ma comunque vale la pena ripeterli, non in contraddittorio ma per puntualizzazione di quello che è stato detto ieri —, secondo gli studi demografici, i dati previsionali per il 1975 per la provincia di Trento prevedono una oscillazione tra un 444.000 abitanti come indice minimo, e un massimo di 450.000 abitanti. La escursione tra le due ipotesi è così piccola, in sostanza di 6.000 unità, che non vale neanche la pena di prenderla in esame; si può fare la forcilla, come si fa di consueto, in questi temi, e ritenere sicuramente che all'interno di questi due limiti, uno minimo e uno massimo, ci sarà la realtà demografica per l'anno 1975. Sulla base di queste previsioni di sviluppo demografico e intendendo rapportata a zero l'emigrazione, evidentemente, attraverso quelli che sono gli interventi che verranno fatti in tutti i settori, proprio per poter contenere questa emorragia di unità lavorative dalla provincia di Trento, si è potuto, — io non faccio che riassumere quelli che sono i dati forniti dagli studi preparatori del piano urbanistico —, si è potuto prevedere, e prego proprio il collega Molignoni di prenderne atto, che i posti di lavoro necessari all'anno 1975 possono variare tra un minimo di 31.000 unità a 43.000 unità, qui intesi non soltanto i posti di lavoro nella industria, ma i posti di lavoro nell'attività primaria e nelle attività terziarie. E allora mi pare che proprio tutta quella disparità che sembrava venir alla luce nell'intervento fatto ieri da Molignoni, concretate così le cose, non ci sia. Comunque, ripeto, è un tema che può essere rimesso ad un'altra occasione e a un'altra discussione, così come può essere rimesso ad un'altra occasione e ad un'altra di-

scussione il tema presentato qui nell'intervento dal collega Posch, a proposito di quella che è la concentrazione delle industrie o la dispersione o la formazione di nuclei e via dicendo. Qui non è che stiamo lavorando su una carta bianca, abbiamo dietro le spalle una serie di studi che sono stati iniziati nell'anno 1961, che sono stati portati avanti e che fra poco, per quanto concerne la provincia di Trento, saranno concretati proprio con la indicazione non soltanto della estensione complessiva delle aree industrializzabili in provincia di Trento, ma anche con la indicazione sul terreno e con la delimitazione precisa, area per area, del perimetro e della estensione stessa. È un problema caso mai che, anche se lo dovessimo discutere in sede di conferenza all'industria, signor assessore, ci troveremo di fronte un'altra volta alla situazione di quando i buoi sono scappati dalla stalla. Se, la conferenza all'industria volesse affrontare questo tema: concentrazione, maggiore dispersione di industrie, creazione magari di piccoli nuclei e via dicendo, è certo e ormai dovremmo riconoscere che arriviamo tardi di fronte a quella che è stata l'opera di pianificazione urbanistica in provincia di Trento.

Invece a me pare che debba essere rivolto un invito e un suggerimento all'assessorato regionale all'industria, ed è questo: di considerare questo strumento della creazione delle aree industrializzabili e quell'altro del credito agevolato all'industria come gli strumenti minimi che ormai, signor assessore, non riescono a qualificare, in un modo autonomo ed originale, la politica di incentivazione industriale della Regione Trentino-Alto Adige. Rimanendo noi fermi sulla base esclusiva e unica di questi due modi di incentivazione, io credo, — non è che voglia essere pessimista ma credo che proprio la realtà ci conduca a questa conclusione —, credo che noi non avremo molte possibilità per svi-

luppate una politica concorrenziale nei confronti delle altre zone. Per cui se l'assessorato regionale si fermerà su questi strumenti, indubbiamente avrà fatto quello che doveva e bisogna darne atto di questo, ma non sarà assolutamente sufficiente, la nostra Regione non avrà neanche lontanamente quelle alcune possibilità, che aveva avute nel passato.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Signori consiglieri, ho qualche titubanza a prendere la parola sugli argomenti che hanno formato oggetto della discussione generale su questo disegno di legge. Tuttavia, non tanto per avverare la profezia di un giornale, (che supponeva che il sottoscritto avrebbe preso la parola, dati gli argomenti) ma per l'oggetto che la discussione ha avuto, e soprattutto al fine che il silenzio mio non possa essere interpretato in una certa maniera, magari non corrispondente alla verità, desidero fare alcune brevi considerazioni. Purtroppo sono stato assente ieri — e non per negligenza, ma per esigenze inerenti al mio mandato — e quindi non ho potuto sentire il discorso del cons. Mognoni, e quindi mi devo attenere evidentemente soltanto a quello che la stampa ne ha riferito; sulla scorta appunto di questo mi pare che almeno due considerazioni siano indispensabili. Innanzitutto direi questo: non vedo come questa sia la sede, non dico competente, ma la sede più opportuna per discussioni di natura tecnica, quali possono essere quelle che riguardano le previsioni della popolazione in un determinato arco di tempo, o quali possono essere le previsioni occupazionali, in quanto gli studi e i discorsi tecnici indubbiamente vanno prima preparati, e non è possibile in una sede come que-

sta, ritengo, affrontare così sic et simpliciter una discussione di questo tipo. In secondo luogo non so quale era la finalità che l'intervento del cons. Moglignoni aveva non appare esplicitato molto chiaramente neanche dai resoconti della stampa, se non forse, e questo non mi interessa caso mai, se non forse un discorso interno alla provincia di Bolzano. Quello che mi preme di dover dire, da quello che ho capito, è che evidentemente la provincia di Trento non ha fatto previsioni per la provincia di Bolzano, né per quanto riguarda la popolazione al 1975, né al '69 né in nessun altro periodo, perché non è compito suo, né ha fatto previsioni circa la necessità dei posti di lavoro nuovi da fare in provincia di Bolzano. È chiaro, la provincia di Bolzano farà le sue previsioni, noi invece abbiamo fatto le nostre. Questa era la nostra competenza, questo era nostro dovere e basta. E le abbiamo fatte secondo determinati canoni che riteniamo validi, ma che, in ogni caso, non intaccano in maniera assoluta quelle che possono essere le previsioni della provincia di Bolzano, le quali, ripeto, io non le conosco e non so se sono quelle fatte dall'assessore Molignoni o se sono quelle di qualche altro. Questo è un argomento che mi pare esuli. Ora se il cons. Molignoni, come sembrerebbe, — mi riferisco sempre alla stampa perché purtroppo non ho altro riferimento — fa delle argomentazioni da interpretarsi come una raccomandazione alla Giunta regionale — che cioè nel fare una politica di incentivazione industriale tenga conto di una realtà che prevede, secondo i dati da lui forniti al 1965, 453.288 abitanti in provincia di Trento e 457.240 in provincia di Bolzano, ma soprattutto tenga conto del fatto che si dovrebbero prevedere al 1975 32.455 posti nuovi di lavoro in Alto Adige e 14.691 nel Trentino per cui invitava la Giunta regionale, non so se era questo, a seguire queste indicazioni e quin-

di a fare una politica di incentivazione industriale coerente con queste previsioni — allora evidentemente il discorso muta, perché allora la Provincia di Trento non potrebbe più non interessarsi anche delle previsioni della provincia di Bolzano. Tuttavia io reputo che se questa era la finalità, evidentemente il discorso non può essere portato così, perché le affermazioni, cioè i dati che ha fornito Molignoni io non so dove li ha raccolti, ma a mio giudizio sono i dati del prof. Angeloni, dati e studio che già è larghissimamente superato e dichiaratamente superato e che voleva indicare, a detta stessa di chi l'ha fatto, solo una prima indicazione di massima perché poi fosse successivamente sviluppato. Ora, io non intendo contestare nessun dato relativo alla provincia di Bolzano, nessuno, perché intanto non li conosco, — perché questi studi da parte nostra non sono stati fatti —; e in secondo luogo perché mi sembrerebbe in ogni caso irriguardoso andare a discutere, noi della provincia di Trento, sui dati, sulle previsioni della provincia di Bolzano od altro, anche se i fatti tecnici dovrebbero essere fatti abbastanza certi. Tuttavia evidentemente anche sui dati tecnici risultano, a seconda delle metodologie che si seguono, risultati diversi. Ora io non so per esempio con quale metodologia il cons. Molignoni arrivi ad affermare che in provincia di Trento da qui al '75 occorrono 14.691 posti di lavoro; non so se il prof. Molignoni abbia calcolato quella che è la nostra emigrazione odierna, perché per quanto riguarda la popolazione, l'ha detto Corsini, le previsioni nostre, che noi abbiamo fatto in sede di pianificazione urbanistica, sono queste al 1975, secondo due ipotesi fondamentali, alternative: la prima: la popolazione massima della provincia di Trento secondo noi nel 1975 sarà di 450.000 abitanti; (qui lei riferisce i dati 453.000, quindi vede che non siamo molto distanti); la seconda: la

popolazione è di 444.000 abitanti, quindi con una differenza che sostanzialmente per noi, fra l'ipotesi massima e l'ipotesi minima, è di 6.000 abitanti, e fra l'ipotesi della provincia di Trento e quella che ha riferito il cons. Molignoni per quanto riguarda la provincia di Trento sarebbe di 3.000 abitanti, quindi praticamente nulla. Per quanto riguarda invece l'ipotesi della popolazione della provincia di Bolzano nel 1975 io non sono assolutamente in grado di esprimermi, può essere 457, per me io non l'ho studiata né ho fatto fare studi demografici in questo senso, può essere di 500, può essere di 370, può essere di 600, io non lo so. Per quanto riguarda i posti di lavoro, anche qui io devo dire: nulla da dire da parte nostra, cioè la previsione di 32.455 nuovi posti di lavoro, stimato come fabbisogno al 1975, per quanto riguarda la provincia di Bolzano. Nulla da dire perché, ripeto, io questo calcolo non l'ho fatto, non era compito nostro il farlo ecc., né sapere quale è la metodologia. Per quanto riguarda il fabbisogno stimato dalla provincia di Trento in 14.691 posti di lavoro in provincia di Trento, mi lasci dire, caro collega Molignoni, che questo qui . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): Amico!

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Amico, ecco, volevo dire così, senza offendere evidentemente nessuno, volevo dire che un dato di questo genere si smentisce senza tecnici, si smentisce, ma larghissimamente, senza alcuna valutazione, senza bisogno di demografi, senza bisogno dei tecnici, basta che si vada a vedere quale è l'emigrazione stagionale che presenta la provincia di Trento. Io non so se sei andato a vederla, lì troveresti un dato che ti smentisce già da solo, ma non è l'unica componente, anche se da sola smentirebbe totalmente questo dato. Basterebbe che tu ti andassi a ve-

dere quale è la punta massima stagionale della disoccupazione in provincia di Trento. Ripeto che con questo non voglio assolutamente entrare nel merito delle previsioni della provincia di Bolzano perché possono essere andati a dire: basta che tu vada a vedere quella e poi vedrai che trovi una smentita già lì, ma senza tecnici, senza nessuna ecc. Sarebbe poi interessante, andare a vedere come, con quali argomentazioni ecc. si possono ricavare i 14.000 posti. Questo, sia ben chiaro, questo per dire che il fabbisogno dei posti in provincia di Trento, — e ripeto ancora per l'ennesima volta, con questo non si vuol dire che in provincia di Bolzano non ci siano, perché io non lo so, più di 32.000 posti, ma per quanto riguarda la provincia di Trento questo è un dato, sarà un aggettivo ma non son capace di cambiarlo, ma è un dato . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): Non cambiarlo, non fare sforzi!

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): No, però lo cambio ugualmente: ha detto accademico il mio collega Bolognani, io dico che è un dato sbagliato, almeno questo lasciamelo dire, sbagliato e sbagliato di grosso, perché da qualunque punto si parta e qualunque sia la metodologia che si può seguire, — e sono opinabili anche le metodologie evidentemente che si possono seguire nel fare queste stime — è enormemente sbagliato. D'altra parte, la provincia di Trento anche in sede nazionale ha avuto una sua valutazione, come tutto il territorio nazionale e come anche la provincia di Bolzano, e ha avuto una valutazione precisa, di zona depressa del centro-nord, di quelle zone depresse che, come si sa benissimo, il Governo, l'ho già detto un'altra volta, ha cercato di mantenere in limiti ben precisi. Il Governo cioè ha definito zone depresse quelle che hanno determinati indici in determinati settori, che

sono considerati ormai da tutta la dottrina gli indici sicuri della depressione, e per la prima del piano Pieraccini, quello approvato dal Governo e mandato al Parlamento, è noto come le province del centro nord definite depresse siano state quattro, e cioè: la provincia di Trento, la provincia di Belluno, la provincia di Udine e la provincia di Rovigo. Ma il Parlamento — e ho già avuto modo di dirlo un'altra volta in questa sede, ma è sempre così nelle sedi politiche, dove la programmazione è una gran bella cosa in teoria, ma poi quando si passa alla pratica, la programmazione è un tiramolla alla fine del quale di programmazione resta veramente poco, così come è restato poco o niente della 614 e auguriamoci miglior fortuna per quel piano nazionale che attualmente sta discutendo il Parlamento — ma il Parlamento ha già modificato le indicazioni, però non nel senso evidentemente di non definire più queste province come zone depresse, ma nel senso di dare una definizione più elastica e non nominativa delle zone depresse, in maniera tale poi che in sede pratica tutte le pressioni politiche, non politiche dei diversi fronti, delle diverse zone, dei diversi settori politici, abbiano almeno la teorica possibilità di poter tirare l'acqua al proprio mulino, dimostrando che in Lombardia ci sono vastissime zone depresse, per esempio, e quindi facendo sì che determinati incentivi previsti per le zone praticamente depresse come noi, saranno anche usati in Lombardia ecc. Anche questo è un fatto che dovrebbe un momentino far meditare; nessuno è entusiasta di una situazione di questo tipo, mortificante e indubbiamente difficile ma da cui non si può prescindere. Comunque, a prescindere da tutto questo, che può non avere in questa sede molto significato, non credo in ogni caso che il cons. Molignoni per il disegno di legge che è attualmente alla discussione del Con-

siglio, abbia proposto una diversa ripartizione dei fondi.

MOLIGNONI (P.S.U.): No.

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Grazie, allora dico che al limite il discorso è inutile, perché la Giunta regionale nel suo disegno di legge mi pare abbia proposto 200 milioni, di cui 100 a Trento e 100 a Bolzano (vero, assessore, 100 a Trento e 100 a Bolzano?), ripartizione a metà, secondo il solito tradizionale, ormai accettato sistema, e non si discute. Ma allora dico: che significato ha l'intervento di Molignoni? La provincia di Trento ha troppi fondi? Vogliamo ridurre quei 100 milioni della provincia di Trento e invece aumentarli per la provincia di Bolzano? Ma allora lo si dica, lo si dimostri, quanto meno si argomenti a favore di una simile eventuale proposta. Se così non è se mai sarebbero quelli della provincia di Trento che dovrebbero dire: se si ritiene che la provincia di Trento abbia un determinato fabbisogno, allora vediamo anche di ripartire i soldi. Ma questo la provincia di Trento non lo fa, — io parlo in qualità di consigliere regionale, ho sentito anche dagli altri colleghi della Giunta provinciale che hanno preso la parola, che non chiediamo per intanto una politica diversa dell'attuale ripartizione a metà. Quindi se la provincia di Bolzano ha tutti questi bisogni li soddisferà alla pari della provincia di Trento. Se Molignoni non voleva che venissero diminuiti i fondi alla provincia di Trento, ma penso di no, allora mi pare che il discorso in questa sede, in altra sede no evidentemente, ma in questa sede risulta essere veramente, come ha detto Bolognani, un discorso accademico. Per quanto riguarda il disegno di legge evidentemente noi siamo d'accordo, non c'è dubbio, anzi noi siamo lieti che la Giunta l'ab-

bia presentato, anche se, mi lasci dire, assessore, io ero più lieto, e preciso subito, io ero più lieto della prima relazione, dell'originaria relazione a questo disegno di legge . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): Ma l'ho fatta cambiare in commissione!

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Sì, so che l'ha fatta cambiare il cons. Molignoni in commissione. Preciso che preferivo l'originaria relazione, non perché in essa c'erano determinati dati, cioè fabbisogno della provincia di Trento diverso dal fabbisogno della provincia di Bolzano, no, per quello assolutamente no. La preferivo invece per l'impostazione programmatica che quella relazione aveva, che invece, mi scusi, non è colpa sua, del resto posso dirlo, la burocratica relazione che ne è nata, sostitutiva della prima, non ha. Quella aveva finalmente una certa impostazione di natura programmatica, e soprattutto enunciava anche formule di intervento in questo settore, finalmente diverse da quelle del passato. Sappiamo tutti e anche lei assessore, lo so, non lo dico per fare una critica, perché so benissimo che lei è ormai convinto al pari di me, che la famosa legge che era la legge 12 iniziale, sempre rifinanziata ecc., si è rivelata uno strumento sul piano sostanziale ottimo, che oggi purtroppo non ha più quel rilevante significato nei confronti dell'incentivazione dell'industria, perché ormai il fatto di acquisire gratuitamente o quasi l'area industriale diventa, (come ha affremato lei nella sua relazione anche al bilancio, essendo diventato un fatto comune all'intero territorio nazionale) diventa un fatto incentivato di minore valore di quello che poteva essere alcuni anni fa. Soprattutto c'è un fatto negativo, che è quello del sistema di funzionamento di questa legge; abbiamo tutti constatato che quan-

do l'industriale ti chiede l'area, la vuole il giorno dopo e se non il giorno dopo fra due mesi. Ora il sistema di funzionamento non consente affatto questi tempi tecnici.

Nella prima relazione al disegno di legge era enunciato anche un principio di metodo diverso, per l'apprestamento e per la ristrutturazione delle aree industriali, e che io confido venga certamente ripreso, anche se in seguito. Comunque ora ci troviamo ancora ad operare per un anno, due anni, non lo so, con la legge che ora stiamo discutendo, e certamente, confido, approvando. Tale legge, ripeto, è uno strumento con delle controindicazioni note, controindicazioni nella metodologia, non nella sostanza: se è vero infatti che questo incentivo è diventato meno importante sul piano generale, rimane pur sempre vero che per quanto riguarda la nostra Regione — e qui dico provincia di Trento e provincia di Bolzano — pur dandoci minori risultati competitivi rispetto ad altre zone, esso rimane indispensabile proprio perché da noi i terreni per l'industria sfortunatamente per un verso, fortunatamente forse per un altro, hanno costi che probabilmente nessuna zona del territorio nazionale presenta, perché da noi lo spazio per l'industria è autenticamente poco e quel poco va a cadere fatalmente sulle zone che sono, dal punto di vista agricolo, (per non dire dal punto di vista delle altre utilizzazioni) indubbiamente fra le zone più produttive dell'intero paese, perché condotte con criteri intensivi specializzati, moderni. Quindi l'incentivo che la Giunta regionale propone è assolutamente indispensabile, è assolutamente necessario, anche se, ripeto, sul piano della competitività con altre zone evidentemente non è sufficiente. In ogni caso preme che questa legge venga approvata, e che venga subito, anche se, ripeto, la prima relazione della Giunta era indubbiamente migliore. Anche o-

mettendo infatti i dati dei 650 ettari a Trento e dei 135 a Bolzano, dati sui quali si poteva sempre discutere e mettersi d'accordo anche se dal mio personale punto di vista, conoscendo la situazione della provincia di Trento e tenendo conto delle possibilità finanziarie di cui la Regione dispone, ritenevo e ritengo la proposta dei 600 ettari, come una soluzione ottimale, la prima relazione a questo disegno era buona, dava il quadro, l'indicazione di una politica in questo settore, mentre, ripeto, questa seconda relazione è soltanto una relazione di natura burocratica e non altro.

Per concludere, ripeto il concetto: non intendiamo in maniera assoluta entrare nelle valutazioni, quanto a fabbisogno di posti di lavoro, della provincia di Bolzano anzi, se nella provincia di Bolzano ci sono dissensi ecc., ci sono anche in provincia di Trento, sia ben chiaro, perché tutte queste metodologie di stime sono soggette a possibilità di critica, al limite dico che sono sempre opinabili, per cui mi sembrerebbe veramente fuori luogo e fuori posto che noi andassimo ad assumere una posizione su argomenti di questo tipo, che oltre tutto sono di natura estremamente tecnica e che richiedono una conoscenza tecnica e scientifica della situazione non facilmente acquisibile. Ma con altrettanto spirito, con altrettanta fermezza, si sia anche consentito di dire che analogo atteggiamento sembrerebbe legittimo potersi attendere da parte dei consiglieri della provincia di Bolzano nei confronti della provincia di Trento su questo argomento, perché i piani urbanistici provinciali evidentemente — sia quello di Trento, sia quello di Bolzano — hanno per base la demografia e quindi tutti i dati demografici, accanto ai quali intervengono tante altre valutazioni di diverso tipo per poter addivenire ad una proposta o ad una ipotesi, ipotesi che poi va lontano nel tempo, come pure occorrono moltissime

altre componenti che vanno attentamente studiate e che variano da zona a zona, tanto più quindi da provincia a provincia. E pertanto, ripeto, cons. Molognoni, le 14.691 unità dimenticate, io le 32 le prendo anche per buone, perché, ripeto, non sono in grado di valutare, ma guarda proprio le 14.000 dimenticate veramente perché, ripeto, sulla base di quelle tre indicazioni che mi sono permesso di dare e che ripeto: la consultazione dell'emigrazione temporanea, stagionale, la disoccupazione stagionale del Trentino, la sottooccupazione in agricoltura nella provincia di Trento (che vorrei sapere a quanto l'hai stimata tu per esempio), solo su queste tre, se le hai verificate, altrimenti magari lo puoi fare, vedrai che veramente quella cifra delle 14.691 unità è tutt'altra: magari fosse vera per noi trentini, magari fosse vera, ma vedrai che ti appare a prima vista assolutamente fuori dalla realtà.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? La parola al cons. Molognoni.

MOLIGNONI (P.S.U.): Mi spiace di dover brevemente rispondere in questo momento, perché penso che la discussione generale non sia finita, certamente parleranno altri sull'argomento e mi secca di mangiarmi, come si suol dire, il secondo intervento possibile in sede di discussione generale, ma lo devo fare, perché non posso naturalmente non fare qualche modesta osservazione su quello che è stato detto questa mattina a proposito del mio intervento di ieri.

Debbo fare innanzitutto una premessa, direi, di ordine generale, che è questa: mi pare che da più parti si sia insistito col dire che non era la sede propria, che non si capisce bene il perché dell'intervento Molognoni di ieri ponen-

do così, direi quasi sotto giudizio severo, il fatto che io, in occasione della discussione di questo progetto legge, mi sia permesso, abbia ardito di esporre le conclusioni e gli studi che noi abbiamo fatto in materia e che mi sia permesso di portarli in questa sede. Signori, io posso accettare tutte le contestazioni perché io sono convinto che il metodo perfetto non sia stato ancora trovato e che ce lo dirà soltanto la storia avvenire, nel 1975 potremo stabilire se avevo ragione io o se aveva ragione l'avvocato Kessler o se aveva ragione il dott. Benedikter o chi, quando cioè ci troveremo a tirare le somme e a poter contare le unità una per una come reali, esistenti sul posto e bisognose di occupazione. Le nostre sono previsioni evidentemente, ma tutte sono previsioni, e se determinati dati, determinati calcoli possono essere contestati, per ragioni varie, — calcoli in difetto nei confronti di Trento, calcoli in eccesso nei confronti di Bolzano —, se possono essere contestati forse più sul piano politico che su quello scientifico, è evidente che gli uni valgono gli altri in sostanza e che probabilmente io non riuscirò a convincermi della bontà degli uni, come altri non riusciranno a convincersi della bontà degli altri. Si è detto: si seguono metodi diversi, metodologie diverse.

Sì, si seguono metodologie diverse, però in sostanza i dati essenziali che sono quelli della situazione della popolazione in base all'incremento naturale e in base alle forze lavorative che vengono restituite annualmente dall'agricoltura agli altri settori, combaciano perfettamente. È dopo che le strade divergono, invece di convergere su una valutazione serena, obiettiva e realistica, divergono perché gli interessi sono diversi evidentemente, e, stabilito quel tanto fondamentale, sul quale non è possibile naturalmente discutere perché è un dato previsionale che viene fatto in base a quella che è la situa-

zione dell'incremento demografico nell'ultimo decennio e quindi probabilisticamente lo si trasferisce nel decennio futuro, — dico probabilisticamente, perché potrebbe venire la peste bubbonica evidentemente e limitare la popolazione esistente o potrebbe esserci, non so, la guerra del Medio oriente o altro che operano delle falcidie e quindi i nostri dati verrebbero destituiti di ogni fondamento —, ma mi pare che, stabilito quel dato fondamentale, dovrebbe essere facile, assai facile trovare una convergenza anche sugli altri dati, signori. Ieri sono stato abbastanza preciso, abbastanza specifico ed oggi non voglio annoiarvi con la ripetizione di quello che è stato l'intervento di ieri. Io sostengo comunque che non è fatto in sede impropria, assolutamente, perché questa, signori, è il Consiglio regionale fino a prova contraria, e mi pare che in questa sede e in queste occasioni, quando si discutono leggi che investono profondamente il tema della occupazione, si possa benissimo parlare di questo argomento, e nessuno ce lo può vietare o ce lo può proibire. D'altro canto non dobbiamo dimenticare che siamo consiglieri regionali, avv. Kessler, siamo consiglieri regionali, e dal momento che la Regione è unica, che non avete ascoltato il mio consiglio di un anno o due anni fa di fare le due Regioni, non possiamo dire che non ci interessiamo delle previsioni di Bolzano ma soltanto di quelle di Trento, e che noi quindi dobbiamo interessarci soltanto di quelle di Bolzano e non di quelle di Trento, e Trento rispettivamente solo di Trento e non di Bolzano! Mi pare che questo sia un concetto pilatesco di lavarsi le mani. Se la Regione è unica come è a tutto oggi, fino a prova contraria, dobbiamo interessarci dell'un problema e dell'altro, dell'una previsione e dell'altra. Scusatemi se mi sono riscaldato, contrariamente a ieri, ove mi è stato riconosciuto un tono pa-

cato, addirittura soave, ha detto la stampa indipendente. Soave, il che vuol dire, amico Kessler, che non c'era nessuna intenzione nel mio intervento se ho osato un tono soave che non mi è solito, lo riconosco, per difetto costituzionale proprio, non mi è solito. Sì ho usato un tono di quel genere, non avevo proprio intenzione di offendere né di dare neppure la miccia, come si suol dire, alle polveri.

In apertura del mio intervento di ieri ed anche in chiusura, ho detto: sono queste le prospettive che proponiamo all'assessorato regionale per avviare in senso razionale, scientifico il problema dell'incentivazione dell'attività industriale. Pare che in questa frase siano contenute tutte le intenzioni che ci potevano essere nel mio intervento e che non sono intenzioni recondite o malvage, assolutamente. Quindi io ho detto inizialmente che respingo nel modo più fermo e anche più vivace, se volete, che questa non sia la sede propria per discutere questo argomento, che non si debba discuterne in senso regionale ma si debba limitare la discussione ad un settore soltanto provinciale, circoscritto cioè alla provincia di Bolzano per Bolzano, alla provincia di Trento per Trento, ma io penso invece che sia legittimo, logico, onesto, leale, il discuterne semmai ampiamente.

Rispondo anche a Bolognani, il quale quasi quasi mi accusava di essere mancato ad un impegno preso in commissione legislativa; a me non consta che si sia preso alcun impegno di sorta, venuto un progetto di legge, con una determinata relazione; su quella relazione c'è stata un'ampia discussione; e c'è stata un divergenza di vedute, di idee, sui dati della relazione, e l'ho detto ieri, dando atto all'assessore che non poteva portare in quella relazione che quei dati, perché egli quei dati aveva a disposizione, ma che naturalmente non ci sentivamo di approva-

re; dati che erano, secondo il nostro avviso, secondo la nostra visuale e i nostri calcoli, erano previsionali, che assolutamente non calzavano con la realtà effettiva. E allora che cosa si è fatto? Si è comunemente concordato di cambiare la relazione con l'omissione di determinati dati, e di trasformare il progetto di legge in rifinanziamento della legge, come esso oggi si presenta a noi, ma nessuno ha preso alcun impegno in quella sede, né specifico né larvato, di non aprire su questo tema un minimum di discussione. Nessuno ha preso impegni in questo senso, perché io agli impegni sono solito dare . . .

SANTONI (D.C.): Era implicito!

MOLIGNONI (P.S.U.) Non era implicito, caro Santoni, non era implicito; se tu vuoi riconoscere impliciti degli impegni che io assolutamente non ho preso e che io non sento di avere neppure adombrati, fallo per conto tuo ma non attribuirli a me. Nessun impegno si era preso. Il tema è di scottante attualità, anche perché evidentemente è la premessa, è la prima pietra di quella che sarà una ampia, serena e fattiva discussione sul piano del coordinamento territoriale della provincia di Bolzano, e quindi nessuno scandalo se io mi son permesso, se ho osato portare qualche dato in questa sede a questo proposito. E quindi respingo anche la accusa di aver fatto la mossa, che potrebbe essere intesa e avere un significato non so di quale natura poi, se reclamistico o allarmistico od altro, nessuna reclame, nessun allarme in quello che io ho detto, ma soltanto il desiderio di puntualizzare una realtà esistente. E aggiungo che noi siamo prontissimi alla discussione. Mi pare che in questa sede e in questo momento, nel momento della discussione di questa legge, il tema sia strettamente legato e che un accenno non sia assolutamente superfluo né fuori luogo;

mi sembrerebbe anzi sleale il non farlo per poi trasferirlo invece in una sede più circoscritta, in una sede più o meno ovattata di silenzio e d'ombra, anziché in seduta pubblica, di fronte cioè all'opinione pubblica, perché non dobbiamo dimenticare mai, e non lo dimentico mai io, di essere consigliere regionale in questa sede. Ho detto che siamo pronti alla discussione, che auspichiamo che questa discussione avvenga al più presto, anzi noi abbiamo fatto tutto quello che era possibile fare da parte nostra, e il meglio direi, perché la discussione fosse promossa tempestivamente. Ma è pacifico, è chiaro, è evidente che va a rilento, abbiamo dovuto faticare mesi e mesi e mesi per ottenere la bozza di quello che si definisce il piano di coordinamento territoriale di Bolzano.

Adesso non voglio fare la storia di questi due anni, della trattativa e delle insistenze che si sono fatte per ottenere la visione di questa bozza, per poi arrivare ad una relazione concordata con la D.C. e il P.S.U., di commento e di critica a questa bozza di piano e rispettivamente per l'attesa di una controrelazione che a tutto oggi noi non abbiamo. Siamo pronti alla discussione, lo siamo da tempo, ci auguriamo che la discussione sia fatta al più presto e sul piano scientifico, ma, sia ben chiaro, ciò non per sottovalutare il piano politico, perché, secondo me, tra piano scientifico e piano politico c'è e ci deve essere una compensazione. Non mi dica che questo è un tema esclusivamente scientifico che può essere trattato soltanto in sede scientifica, e che esula completamente da qualsiasi interesse politico, perché allora vogliamo veramente mistificare le situazioni, vogliamo capovolgerle queste situazioni. Io sostengo che l'esame dei dati deve essere di carattere scientifico, è evidente, e dobbiamo trovare quindi un punto di incontro sulla metodologia, per non arrivare a delle cifre che sono as-

olutamente contrastanti tra di loro e che portano a divari veramente sensibili e direi anche incomprensibili nello stesso tempo. Ma evidentemente dobbiamo tener conto della incidenza politica che il fattore scientifico ha. Non lo possiamo dimenticare questo. Metodi poi ufficiali, si è detto, e metodi officiosi. Ma scusate, signori, io credo che i metodi alla fin fine si equivalgano e siano sempre gli stessi. Che poi sia riconosciuto dal MEC questo metodo o dall'ONU o non sia riconosciuto viceversa dal comune di Laives, a me poco importa, a me interessa che il metodo, qualunque esso sia, mi conduca a delle previsioni ragionevoli e razionali e non a delle previsioni che, a prima vista, a occhio nudo, si vedono assolutamente artefatte.

Perché, se è vero come è vero, Kessler, che i 14.000 posti di Trento a occhio nudo, dici tu, sono assolutamente inferiori alla situazione reale, io direi che a occhio nudo si vede come i 12.000 posti di Bolzano non rispondano alla realtà effettiva, qualunque metodo si vuole seguire. Allora riconoscete almeno, a questo punto, errori da una parte e dall'altra o, comunque delle incomprensioni da una parte e dall'altra, incomprensioni ed errori che dovranno essere comunque ridimensionati. E io, per quanto mi riguarda, — e qui non voglio naturalmente coinvolgere la responsabilità del gruppo o del partito od altro, perché qui dentro possiamo parlare anche a titolo personale qualche volta —, io ribadisco la validità dei dati che ho fornito ieri e che mi auguro siano resi di pubblica ragione attraverso la nostra informazione stampa interna del Consiglio regionale, così che anche Kessler possa rendersi conto del come siamo arrivati a quei 14.000 posti. Perché non ce li siamo inventati, è stata un'operazione oltretutto semplicissima, alla quale arrivo anch'io che sono

negato, proprio per costituzione mentale, alla matematica; si è trattato di una sottrazione, una sottrazione semplicissima, estremamente semplice senza decimali né altro che possa aver complicato l'operazione. Te la faccio vedere dopo perché non voglio annoiare i colleghi ripetendo quello che ho detto ieri, ma se vuoi proprio io lo ripeto, l'ho scritto l'intervento perché sapevo che poteva dar luogo a qualche contestazione e quindi direi che mi sono attenuto non dico ad una scrupolosa lettura, ma ho seguito una traccia precisa, scritta, che ho qui alla mano. Ribadisco la validità dei dati offerti e li offro generosamente sull'altare della collaborazione regionale, — e guardate che per me è uno sforzo non indifferente, apprezzatelo, vi prego —, li offro sull'altare delle collaborazioni regionali alla meditazione e alla discussione, pronto a ricredermi nel momento in cui sarò smentito dai fatti, dalla dimostrazione palese, ma non certo pronto al ritiro di questi dati, fino a quando mi si offrono delle prospettive di divario che sono veramente allarmanti, e allarmanti per il loro contenuto.

Io penso che si dovrà trovare una conciliazione su questo argomento e me lo auguro. Ho detto già ieri che io nulla ho nei confronti progetto di legge, che approvo; ho detto però e ho precisato che lo **approvo** come un inizio di quella che può essere una precisa programmazione in questo settore, in questo campo così importante per la vita delle nostre popolazioni, e in questo senso ho aggiunto, — e qui vengo a quanto contestava un momento fa il cons. Kessler —, che noi, e la storia del Consiglio regionale spero che ne faccia fede, abbiamo sempre affermato che la ripartizione dei fondi deve essere commisurata al bisogno e alle necessità. Non intendevo con questo mettere in forse quella che è la ripartizione del progetto di legge attuale, sulla quale non ho al-

cuna contestazione da elevare, ma mi riservo con questo di porre sul piano, sul tappeto, sul tavolo, la discussione delle future iniziative, delle future attività che in questo campo si vogliono esplicitare attraverso la Regione, e quindi di precisare che, a mio avviso, in questo settore si dovrebbe operare appunto non secondo un concetto politico di divisione al 50%, ma secondo quella che è la realtà effettiva dei bisogni, dopo che questa sia stata validamente, scientificamente e politicamente accertata. Questo sentivo il bisogno di dire in risposta generale, forse anche molto generica, agli interventi di questa mattina, che del resto sono stati altrettanto generici e altrettanto generali, perché se è vero che i miei dati non hanno per ora che la conferma mia e di chi evidentemente li ha studiati e di chi li ha elaborati al di fuori di qui, è vero altresì che nessuno è riuscito a contestarli seriamente, con altrettanti dati che siano validi e che siano da parte mia accettabili. Nessuna contestazione seria è stata fatta, se non così generica; non c'è stata una contestazione razionale.

SANTONI (D.C.): (*Interrompe*).

MOLIGNONI (P.S.U.): Caro Santoni, un'altra volta ti scriverò una lettera preventiva, perché adesso sei diventato il capogruppo della maggioranza, è per quello che pretendi la lettera di informazione, ti scriverò dicendoti: guarda che ho intenzione di parlare su questo argomento e di dire le seguenti cose, in maniera che tu ti possa preparare. Come si fa a ragionare così: se avessimo saputo, e che so io! Non sarà mica una bomba a ciel sereno, non sarà mica una cosa climaterica, non sarà mica scoppiata la guerra a Bolzano anziché nel Medio-oriente, perché mi sono permesso di portare dei dati, di portare delle cifre, di contestare deter-

minate deduzioni che sono state fatte in altra sede! Non sarà niente di grave, io penso, quindi anche questo non va. Sul discorso accademico lasciate perdere, perché se c'è stato un discorso che non è stato accademico, e lasciatelo dire proprio a me che l'ho fatto e l'ho meditato prima di farlo, è stato proprio quello di ieri. Non è stato affatto accademico, anzi semmai è stato eccessivamente tecnico, che può avere stufato per il suo tecnicismo, per il fatto che conteneva una serie di cifre. Vedi Kessler, qui non ci intendiamo, perché accademico per me vuol dire fatto così, più o meno occasionalmente almeno come si è espresso il tuo collega tapogruppo pensavo che volesse dire un discorso così, con una certa faciloneria e probabilmente anche mosso da intenzioni di altra natura, accademico in questo senso. Se invece hai detto accademico per dire scientifico allora io ritiro tutto quello che ho detto e ti ringrazio anche della valutazione fatta perché è veramente lusinghiera per me che di accademico non ho niente. Signori, a questo punto, e qui parlo con molta chiarezza anche al Presidente della Giunta provinciale di Trento, avv. Kessler, io non dimentico né i 14.500 posti per Trento né i 32.000 posti per Bolzano né nessuna delle considerazioni che ieri ho dettagliatamente fatto in questa sede, attraverso un discorso accademico. Adesso lo ripeto perché non ci sia confusione, accademico cioè scientifico. Non ritiro niente, non dimentico niente per ora, resta valido per me. Discuteremo in altra sede, in altro momento, preavvertendo il collega Santoni della discussione che faremo, e avremo modo di constatare dove c'è l'errore, dove c'è la sopravvalutazione e la sottovalutazione. Perché per me qui siamo in campo di sopravvalutazione da una parte, intelligente per la verità, intelligente e scaltra, da solandri nel vero senso della parola, fatta bene, e lo dico a un collega perché sono

anch'io mezzo della val di Sole e lo posso dire, e invece una sottovalutazione d'altra parte per altri motivi, per altri fini, che adesso non è il caso evidentemente di elencare e di enumerare.

Resta quindi che io ho la coscienza di aver fatto il mio dovere, e che, fino a prova contraria quello che ho detto per me rimane valido a tutt'oggi e sarà materia di più ampia, di più approfondita discussione in un altro momento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich werde ganz kurz sein, viel kürzer als meine Vorredner. Ich möchte einen Punkt dessen festhalten, was der Abgeordnete Mognoni gesagt hat, nämlich daß die Ergebnisse, die auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen herauskommen, auf Grund politischer Erwägungen korrigiert werden müßten. Ich habe dem Abgeordneten Mognoni keinen Vorwurf gemacht, daß er diese Sache hier vorgebracht hat; ich habe mich entschuldigt, daß ich gezwungen bin, Dinge zu antworten, die eigentlich vorher hätten anderswo behandelt werden sollen. Aber es wundert mich eines: Mognoni spricht von einem Bedarf von 32.000 Arbeitsplätzen, und zwar industriellen Arbeitsplätzen, muß ich annehmen, in der Provinz Bozen im Jahr 1975 oder 1981. In dem Dokument, das vom Abgeordneten Mognoni unterschrieben worden ist, ist mit Bezug auf die angenommenen 500.000 Einwohner im Jahr 1981 von 20.000 Arbeitsplätzen, industriellen Arbeitsplätzen die Rede...

MOLIGNONI (P.S.U.): *(unterbricht)*

BENEDIKTER (S.V.P.): Wir reden ja von industriellen Arbeitsplätzen und nicht vom tertiären Sektor, denn das Gesetz befaßt sich mit der Schaffung von Industriezonen.

MOLIGNONI (P.S.U.): *(unterbricht)*

BENEDIKTER (S.V.P.): Wenn man von 500.000 Einwohnern ausgeht, dann ist der Bedarf von 20.000 industriellen Arbeitsplätzen, den Mognoni zusammen mit Bertorelle in diesem Dokument angegeben hat, richtig. Wenn man von 460.000 ausgeht, dann ist unsere Bedarfangabe von 12.000 richtig, weil die Berechnung nach der gleichen Methode, die Sie ja nicht bestritten haben, erfolgt. Im übrigen verweise ich darauf, daß in einem offiziellen Dokument des Staates die wissenschaftliche Prognose der Einwohner der Provinz Bozen im Jahre 2015 503.000 ergibt, und nach derselben Methode müßte sich im Jahre 1981 eine Zahl von 440.000 ergeben, während wir 460.000 angenommen haben.

(Sarò breve, assai più breve degli oratori che mi hanno preceduto. Vi è un punto che desidero tratteggiare, quello cioè in cui il consigliere Mognoni afferma che certi dati rilevati attraverso ricerche scientifiche, andrebbero rivisti e corretti in base a considerazioni politiche. Io non ho mosso alcun rimprovero al consigliere Mognoni per aver egli sollevato tale questione in questa sede; mi sono anzi scusato per il fatto di vedermi costretto a rispondere su faccende che in verità sarebbero da trattarsi in separata sede. Mi meraviglia però una cosa. Mognoni parla di un fabbisogno, nel settore industriale della provincia di Bolzano, di 32 mila posti di lavoro e devo intendere che con ciò egli voglia riferirsi agli anni 1975 oppure 1981. Nel documento, a firma del consigliere stesso, si parla, in rapporto al presumibile numero dei 500.000 abitanti del 1981, di 20.000 posti di lavoro in campo industriale . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): *(Interrompe)*.

BENEDIKTER (S.V.P.): *Stiamo parlan-*

do di posti di lavoro nel settore industriale e non nel settore terziario, inquanto la legge si occupa della creazione di zone industriali.

MOLIGNONI (P.S.U.): *(Interrompe)*.

BENEDIKTER (S.V.P.): *Partendo dal presupposto di 500.000 abitanti, si può dire che il fabbisogno di 20.000 posti di lavoro, segnalato sul documento da Mognoni e Bertorelle, sia giusto. Prendendo invece come spunto la cifra di 460.000, siamo nel vero anche noi con la nostra indicazione di un fabbisogno di 12.000 posti, dato che per i calcoli ci si è serviti di quello stesso metodo sul quale lei non ha trovato nulla di ridire. Faccio richiamo inoltre ad un documento ufficiale dello Stato, dal quale, secondo un pronostico a carattere scientifico, risulta che gli abitanti della provincia di Bolzano assommeranno nel 2015 a 503.000; volendoci basare quindi sul medesimo metodo, dovremmo avere nel 1981 44.000 abitanti, mentre noi ne abbiamo presi in considerazione 460.000).*

PRESIDENTE: La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Mi permetto di fare alcune brevi considerazioni. Innanzitutto una considerazione di carattere generale che riguarda un po, la polemica, se così si può chiamare, nata ieri e seguita oggi in merito a quelli che sono i dati relativi all'occupazione di posti di lavoro necessari per eliminare o alleviare la disoccupazione, di studi, rilievi, sondaggi fatti da una parte e dall'altra; dati che, quanto meno, ci danno un'idea di quella che può essere la scarsa attendibilità, da noi ancora altre volte sottolineata, delle rilevazioni e delle indagini che vengono svolte su basi di elementi acquisiti statisticamente e sulla base di elementi da ac-

quisirsi e sulla base di studi che si svolgono in determinati ambienti e in determinati istituti da determinati circoli con determinate premesse e determinati scopi.

Mi sembra che in questo particolare caso gli scopi siano diversi: politico-etnici da una parte, politico-amministrativi dall'altra, considerando i tre contraddittori che si sono maggiormente sentiti in questo dibattito sul disegno di legge n. 96. Io penso che le valutazioni che sono state fatte sulla base di principi o scopi politico-etnici possano senz'altro essere trascurati in questa sede, perché in altre sedi potranno essere con maggiore competenza e con maggiore opportunità rilevati, e mi limiterei esclusivamente a porre un po' l'attenzione su quella che è la ragione, su quello che è lo scopo di intervento da parte di coloro che hanno sostenuto una causa a favore della politica occupazionale di per sé, della politica di sviluppo economico, astraendo dalle valutazioni e dagli scopi e dai fini politico-etnici. In particolare dico che qualcuno, il Presidente della Giunta provinciale di Trento, si è accalorato nel sostenere, per una ragione di equa e proporzionale distribuzione dei fondi logicamente, evidentemente, nel sostenere che i dati del prof. Morigioni sono errati e che, per quanto riguarda la necessità e i bisogni di intervento delle due province, pressappoco siamo alle opposte e contrastanti mete rispetto a quelle espresse dal cons. Morigioni. I dati sono completamente differenti, è vero, ma non penso che valga la pena accalorarsi eccessivamente nel sostenere sia da parte della provincia di Bolzano, sia da parte della provincia di Trento, con una sottolineatura di tal genere, la necessità di accaparrarsi i fondi per una politica di sviluppo economico in tale settore, perché le cose si svolgono a seconda dell'evolversi dei tempi, a seconda della disponibilità e della volontà degli operatori economici. La preparazione di strut-

ture legislative, amministrative, tecniche, infrastrutture vere e proprie accaparramento di terreni ecc. può essere e sarà ed è una misura preventiva indispensabile, necessaria, ma non la unica, e non è il caso quindi di voler sostenere una tale politica fino a disturbare l'opinione pubblica, fino a creare il patema d'animo in diversi ambienti e l'allarmismo ecc., perché ripeto, le cose si svolgeranno a seconda di quelli che sono i tempi favorevoli o meno favorevoli allo sviluppo industriale generale nell'Europa, particolare in Italia e in un modo del tutto particolare e critico - contingente, nella nostra regione, nelle nostre due province.

E vengo subito ad affermare una nostra tesi, ad illustrare la nostra presa di posizione in merito. Noi riteniamo che la nostra amministrazione regionale abbia fatto degli sforzi non indifferenti per la ricerca di uno sviluppo economico industriale, allo scopo di, come dice la relazione dell'assessore, alleggerire il carico di braccia gravanti sull'agricoltura e che non si può attendere ulteriormente, che bisogna darci sotto, che bisogna continuare. Io penso che si sia fatto molto, che lo sforzo finanziario politico, fisico e mentale di chi opera in questa amministrazione sia stato immenso e che i frutti non sono stati quelli corrispondenti né ai mezzi investiti, né alle speranze e alle attese degli amministratori responsabili, fra i quali posso elencare anche me stesso, perché anch'io sono stato favorevole in tutte le circostanze e in tutti i modi ad un'incentivazione per l'industrializzazione, prima di tutto per riequilibrare il settore dell'agricoltura con quello dell'industria, per creare migliori condizioni di vita e per creare la occupazione e diminuire la disoccupazione, particolarmente nel campo dell'agricoltura. Ma, signori, io penso che sia giunto il momento, dopo sette anni, per farla così approssimativa, una specie di analisi. Che dopo

sette anni di sforzi, di intensi sacrifici, di spese, sia giunto il momento di fare una certa verifica, di fare un esame di quello che è stato fatto, di quanto è stato ottenuto sul piano di una vera industrializzazione, di un vero cambiamento di rotta nella nostra economia, fatta, ripeto, a sollievo di un settore come quello dell'agricoltura, bisognevole di un intervento, bisognevole di un alleggerimento del suo carico di manodopera. Questo esame, questa verifica è stata fatta, sono stati fatti degli studi, sono stati fatti dei rilievi, non so quanto occorrerà ancora investire per le potenziali, per sopperire alle potenziali 32.000 braccia lavorative, 14.000, 20 mila non interessa, non entro nel merito, io non vorrei polemizzare con nessuno dei due, 64.000 braccia, non è questo che a me interessa, a me interessa vedere analiticamente se quanto è stato speso dalla Regione ha portato quei frutti che ognuno di noi si attendeva e che ognuno di noi si attende tuttora, e quali sono le ragioni fondamentali, le principali ragioni che non hanno permesso il verificarsi, il realizzarsi di una incentivazione di uno sviluppo economico nel settore dell'industria, come era necessario e come tuttora è necessario. Quali sono le cause fondamentali della mancata rispondenza del mondo industriale economico nella nostra provincia di Trento, nella provincia di Bolzano, se le ragioni sono le stesse o se sono diverse? Io penso che fundamentalmente le stesse ragioni sono in provincia di Trento e sono in provincia di Bolzano, che hanno portato alla remora, al ritardo, e diciamo allo scetticismo, al pessimismo da parte degli operatori economici nell'investire, nell'intraprendere con iniziative solide, con iniziative che noi ci siamo illusi e abbiamo desiderato che si realizzassero.

Non mi riferisco tanto alle fallite iniziative, grosse iniziative, a quelle che hanno portato a un dissesto economico delle aziende stes-

se e che hanno portato anche dei disguidi e dei danni alle casse della Regione, alle casse dello Stato, al denaro pubblico. Non mi riferisco quindi tanto a queste aziende che sono, si potrebbe dire, numerabili sulle dita di una mano. Qualche considerazione bisognerà pur fare anche su queste, però mi riferisco ancora di più a quelle iniziative che tendenzialmente sono apparse possibili e che inizialmente sono anche state avanzate con una certa garanzia di successo e che sono anche timidamente affiorate e si sono rese visibili sull'orizzonte economico della nostra regione e che poi sono venute pian piano a scomparire, e hanno lasciato a bocca asciutta il nostro mondo del lavoro, deludendo le aspettative di noi tutti. Vogliamo analizzare queste ragioni, signori consiglieri, signor assessore, vogliamo sapere quali misure possano essere sostanzialmente prese per far sì che questo lentissimo, questo troppo lento sviluppo che si è registrato in questi ultimi anni modifichi il suo passo, acceleri perché avanzare soltanto delle previsioni di 20 o 30 o 60 mila posti di lavoro necessari per far fronte a quella che è una disoccupazione sicura, cons. Kessler, non è sufficiente. Perché questa è una verità storica: la nostra agricoltura rigurgita di manodopera, e rifiuta l'occupazione. Noi vogliamo sapere se in sede locale è possibile indovinare le misure, trovare i metodi, i sistemi, per far fronte a quella che è la poca fiducia la scarsissima incentivazione che viene data agli operatori economici che continuamente si affacciano, l'ho detto in sede di commissione, l'ho detto in sede di discussione del bilancio regionale, timidamente ma frequentissimamente, si affacciano sull'orizzonte della nostra provincia, della nostra regione. Operatori economici validissimi, importantissimi e che godono la fiducia, sia per la loro attività decennale e talvolta anche secolare, pro-

vata fede imprenditoriale ecc., che poi, presi i primi contatti, fatti i primi sondaggi si ritirano, senza spiegare con esattezza quali sono le ragioni che li hanno fatti desistere dai loro primitivi propositi per far sì che in definitiva noi ci troviamo con delle aree industriali inutilizzate a disposizione dei comuni e degli imprenditori e gli imprenditori voltano le spalle. Io penso di poter identificare qualche ragione e qualche elemento che è negativo e che è repellente agli effetti di insediamenti industriali nella nostra provincia. Io dico che sono le incentivazioni fatte al momento, le nostre incentivazioni non indovinate, le nostre agevolazioni che sono iniziali e che poi cessano nel momento in cui l'imprenditore si trova nelle condizioni di dover ancora trovare ulteriore assistenza, dover ancora trovare aiuti, appoggi, dall'ente pubblico. A me sembra che una iniziativa che ha la esclusiva, direi proprio esclusiva garanzia, di contributi se gli interessi dei mutui contributi a caro prezzo, a parte l'esenzione della ricchezza mobile per 10 anni che è ben poca cosa, oltre l'iniziale agevolazione dell'apprestamento e della concessione delle aree con le infrastrutture ecc. a un prezzo ridotto, o anche gratuito, sia assolutamente insufficiente . . .

(Interruzione)

PRUNER (P.P.T.T.): Io critico la politica in genere, non critico la sua legge, assessore, critico una impostazione globale, di cui anch'io sono responsabile, perché fui partecipe della Giunta che elaborò nella passata legislatura la maggior parte delle leggi. Ho chiesto, e lo ripeto perché non nascano equivoci, che forse è il caso, per me è senz'altro il caso, di verificare tutta quella che è la impostazione, tutta la politica di incentivazione per lo sviluppo e l'incremento industriale nella nostra re-

gione, perché queste leggi a me sembra che siano una incentivazione iniziale, che abbandonano poi l'imprenditore in balia di sé stesso, passati i primi due o tre anni. Va bene, diremo, il contributo sugli interessi per i mutui che accende è una cosa il cui effetto ha una durata di 10 anni, di 15 anni, ecc., ma non sono ancora sufficienti questi interventi, né l'apprestamento dell'area industriale a prezzi ridotti o anche gratuita, né l'esenzione della ricchezza mobile, né altre esenzioni fiscali provvisorie, quando si tenga presente lo spauracchio dell'applicazione di nuove imposte, la modifica dei sistemi vigenti nel momento in cui l'imprenditore inizia la sua attività, come la cedolare secca che a un certo momento ha degli effetti abbastanza positivi, poi negativi, poi nuovamente intermedi fra quelli che sono gli effetti che questo tipo di imposta provoca in altre regioni d'Italia in confronto alla nostra regione, che non è dei peggiori trattamenti riservati agli imprenditori nell'attuale momento, ma che però, col sistema di incertezza e di continuo cambiamento e modifiche, può portare a dei sospetti legittimi, in virtù dei quali dopo qualche tempo l'imprenditore si trova di nuovo a dover lottare contro un altro imprevisto tipo di imposta.

Anche le nuove tariffe elettriche hanno mortificato enormemente almeno quelle quattro o cinque grosse imprese industriali elettrochimiche che ancora oggi non sappiamo quale fine faranno e che originariamente sono venute qui da noi, proprio per le ragioni di una speciale condizione e trattamento delle tariffe dell'energia elettrica. Ripeto che tutte queste valutazioni e tutte queste considerazioni portano l'imprenditore a fare un'analisi conclusiva di quelli che sono i vari sondaggi che esperisce prima di intraprendere e di decidere l'investimento o l'insediamento di una propria attività qui in regione, che poi lo porta, come ho già detto, a de-

sistere dal proposito di fare qualsiasi sforzo finanziario, assoggettarsi al rischio di investire del denaro con queste prospettive di incerto trattamento fiscale e di incerto trattamento in fatto di agevolazioni e benefici che in un momento come questo ormai in tutta Europa, in tutta l'area europea del MEC sono diventati di moda e sono attuabili. Conosciamo quali sono le incentivazioni fatte in altre regioni d'Italia, non parlo della cassa del Mezzogiorno, parlo anche di altre regioni d'Italia ove subentrano i comuni; io non so se questi comuni siano anche loro soggetti al controllo, come noi vediamo molte volte quando ci apprestiamo ad elaborare disegni di legge relativi ad interventi economici nell'industria o nell'economia in genere, abbiano anche loro da temere il controllo, il veto degli ambienti del MEC, io non capisco, non so se ci sono più misure e più metri, per noi c'è un metro che è scarso, per noi c'è un metro limitativo, proibitivo direi, perché altrimenti non potremmo e non dovremmo poter constatare, come dobbiamo constatare, che i passi fatti in questo settore in questi ultimi 6-7 anni, dove leggi ne abbiamo profuse in abbondanza, i progressi e gli investimenti sono stati scarsi. Anche esperienze negative di fallimenti non sono accentuatissime ma esistono e sono fenomeni da porre, anche questi, nel bilancio delle nostre valutazioni globali che dovremmo fare su quella che è la politica generale di intervento, di incentivazione dell'industria. Vorrei spendere ancora due sole parole per quanto riguarda l'accaparramento a vuoto talvolta delle aree dell'agricoltura a favore delle industrie che noi vediamo sorgere, attendiamo che sorgano con entusiasmo e con simpatia ecc., ma che, non sorgendo a un determinato momento, ci fanno pur dire: forse facciamo i passi un po' più lunghi della gamba, li facciamo discordanti con quello che è il correlativo o corrispondente o

parallelo sviluppo dell'investimento industriale, facciamo tutto forse troppo in anticipo. La nostra agricoltura? Va bene! Io ho sentito i dati, che mi preme andare a controllare, secondo i quali dal 1961, dal 26% di mandopera attiva occupata in agricoltura siamo passati sotto il 20%. Almeno per quanto ho sentito ieri, se non ho capito male, negli ultimi quattro anni non essendoci dati statistici ufficiali, essendo lo studio fatto fare dal prof. Molignoni uno studio serio, accetto, posso anche accettare perché induttivamente alle stesse conclusioni potrei aggiungere anch'io, e quindi va bene, siamo scesi, come occupazione, e la produttività, se non erro, singola zona per singola zona, è aumentata; la produzione stessa è aumentata in agricoltura, perciò un patrimonio, una ricchezza come l'agricoltura non credo sia utile, sotto un profilo economico generale per la nostra terra, mortificarlo prima ancora che questa mortificazione sia resa necessaria; io parlo di quegli interventi che sono fatti per certi comuni, dove si taglia netto netto un patrimonio di 100 ettari, come tagliare alcune piante quando si passa con l'autostrada attraverso un frutteto.

Espropriare 100 ettari in una volta da parte di un comune soltanto onde accaparrarli senza conoscere esattamente quali sono i fini immediati e quali sono gli scopi precisi, concreti, nel momento in cui questa nostra agricoltura ha bisogno di concorrere con l'agricoltura del MEC per sopravvivenza dell'uomo stesso che vive nell'agricoltura, privandolo in un momento critico come questo, non è cosa seria. Il ridimensionamento sul piano europeo in fatto di agricoltura non è il senso assolutamente di riduzione di quello che è il patrimonio e l'occupazione nell'agricoltura, ma può essere anche ridimensionamento in senso inverso, cioè nell'incremento della produzione, della produttività, nell'incremento anche occupazionale, e

vediamo oggi la Germania che investe dei capitali enormi per quanto riguarda la viticoltura. Non so se a tale proposito qualcuno di voi ha avuto in questi giorni delle offerte di vino renano che è reclamizzato per consumo nel nostro Trentino. Non credo che sia stato uno scherzo, perché, visitata da me una certa zona della Germania m'ha preoccupato, dove si dice e dove è dimostrato che si è reinvestito nell'agricoltura e si è incrementata la produzione, necessariamente la produttività ed è aumentata anche la occupazione della manodopera in agricoltura.

PRESIDENTE: Continua o sospende?

PRUNER (P.P.T.T.): Perché, non potrei finire subito?

PRESIDENTE: Sono le 12.40, se finisce subito subito, altrimenti . . .

PRUNER (P.P.T.T.): Cinque minuti.

PRESIDENTE: Ha facoltà di interrompere e di riprendere nel pomeriggio. La seduta è tolta e riprende alle ore 15.

(Ore 12.40).

Ore 15.15

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Per ultimare l'intervento di stamane, mi limiterò ancora a pochissime e brevissime considerazioni, forse di sintesi, riassuntive di quanto è stato detto stamattina da parte mia, nella necessità di rivedere un po' tutta la politica di incentivazione economica nel settore dell'industria, vedere quali sono i risultati e quale è il rapporto di convenienza raggiunto o da raggiungere eventualmente,

di sacrificio da parte dell'agricoltura a favore dell'industria. Siamo ora giunti a una determinata quota di occupazione della manodopera, delle forze lavorative attive della nostra società, a un livello di percentuale addirittura, penso, limite, questa è una valutazione soggettiva fatta da chi non ha né i mezzi né la facoltà di fare delle indagini che necessitano farsi. Giunte al 18% in provincia di Trento le forze lavorative attive in agricoltura, mi domando se ad esempio questo 18% è stato raggiunto in virtù di un calo in determinate zone dove questa politica di regresso è già in atto da tanti anni, e se non si è verificato alcun calo in determinate altre zone che si sostengono e sostengono l'agricoltura ancora degnamente e in maniera economicamente conveniente, come la valle di Non, che pure industrializzandosi nel settore della agricoltura ha mantenuto in piedi una branca dell'agricoltura tradizionale, come la zootecnia. Ciò sembrerebbe incompatibile con i tempi moderni, ripeto, se tutta questa recessione nel settore dell'agricoltura avviene in quelle altre determinate zone dove la crisi, dove il calo era già un fatto comune, da 10 o da 15 o 20 anni. Mi chiedo, credo legittimamente, se questo è avvenuto in maniera armonica ed equilibrata. Pur altre zone da un punto di vista naturale sono valide, posseggono tutti quei requisiti che sono necessari per un sostentamento conveniente sotto il profilo economico nel settore della agricoltura. Eppure queste sono zone, oggi abbandonate. Io mi domando e concludo, se in queste zone riusciamo veramente ed effettivamente ad introdurre una nuova attività, quella per la quale ci preoccupiamo tutti quanti, e non riusciamo a introdurla, cioè la rivoluzione industriale di quelle zone. Signori è giunto il momento di meditare. Riusciamo fra 5 anni? E va bene, aspettiamo cinque anni; sappiamo attendere, la nostra popolazione non è allarmata,

non è presa da preoccupazioni da nervosismo od altro, però dobbiamo essere in grado di poter seriamente convincere noi stessi prima di tutto che questa trasformazione è possibile in questo lasso di tempo, altrimenti dobbiamo ridimensionare e subito tutta la nostra politica di incentivazione industriale per determinate zone, che oggi non riescono né a sfociare o a sbocciare verso l'uno o l'altro degli indirizzi che si contendono il campo e che si rincorrono a vicenda.

Detto questo, io non posso altro che formulare l'auspicio che da parte dell'on. Giunta si addivenga a questa verifica, senza sentire il dovere di respingere o di criticare il disegno di legge, come l'attuale, come il presente. È valido come sono validi tutti gli altri, ma vediamo se tutti assieme hanno quella validità che noi ci siamo prospettati e che su tutto il territorio della nostra regione hanno quella incisività che sforzi finanziari di questo genere meriterebbero.

Non dico altro. Per quanto riguarda il prezzo dei terreni, avremo modo in base a una interrogazione che io ho presentato all'on. Giunta qualche tempo fa di ritornare ancora su questo argomento, perciò mi limito soltanto a raccomandare che gli sforzi, i programmi, i piani di questi comuni vengano più attentamente, e qui mi rivolgo anche ai rappresentanti delle amministrazioni provinciali, vengano vagliati più attentamente sulla base di quelle che sono le reali, concrete possibilità attuali, che non si venga a determinare con gli espropri che vengono progettati e che sono progettati e che sono imminenti in determinate zone, a disturbare quella che è la buona volontà di sopravvivere da parte di categorie imprenditoriali agricole che hanno una tradizione dietro di sé e che hanno anche tutti quei requisiti di fiducia e che danno la garanzia di una buona economia sul piano più generale di quella che è la ap-

prossimativa e incerta presenza di nuove rivoluzioni economiche, di nuove attività, di nuovi investimenti come quelli industriali. Fare le cose secondo le esigenze, non trattare questo patrimonio come un patrimonio del passato, un patrimonio superato, quindi non valutare questi terreni in maniera da considerarli spregevoli addirittura. Ma considerarli tali da dover, se necessariamente questi terreni devono cedere il posto all'industria, porre nelle condizioni gli imprenditori di arrangiarsi e di rivolgersi altrove per una compensazione perlomeno di quelle che sono le loro attuali attività, la loro attuale occupazione, con altrettanti terreni. Teniamo presente che, quando vengono richiesti dall'imprenditore privato, costano ben molto di più di quello che offre l'ente pubblico, animato da questa politica di industrializzazione molto lusinghiera e molto ottimistica. Noi non possiamo però condividere che la autorità di vario ordine e di vario grado in questo settore, con le varie responsabilità e le varie competenze, considerino un patrimonio che, ripeto, su un piano più vasto di quello che è il nostro, su un'area più vasta di quella che è la nostra in campo europeo, riprende quota, è in fase di rivalutazione e di ripresa, anche se questo sembrerebbe o sembra contrastante con tutta l'impostazione di carattere moderno e attuale a favore dell'industria.

Detto questo io mi riservo di riprendere il discorso in qualche altra occasione, che si manifesterà più opportuna della presente, e comunque non ho potuto sottacere, non ho potuto far passare sotto silenzio questa preoccupazione che ci anima e che non anima solo noi ma anche altri rappresentanti e osservatori di quelle che sono le nostre esigenze, di quella che è la nostra economia vista nel suo insieme.

PRESIDENTE: Chi prende ancora la pa-

rola in discussione generale? La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. di Trento - D.C.): Il secondo intervento del cons. Molignoni mi costringe, anche se non ne avrei molta voglia, a fare come dice il cons. Benedikter, tre precisazioni, anche perché il mio pensiero non sia erroneamente inteso se non mi sono espresso con sufficiente chiarezza. Innanzitutto se il cons. Molignoni si riferiva a me quando diceva che qualcuno ha contestato la proprietà della sede per un dibattito di questo tipo, certamente non sono stato io. Io non ho detto che questa non è una sede competente, ho detto con precisione per trattare questioni di natura tecnica come questa, quanto meno occorre che ci sia una adeguata preparazione, che certamente non si ha, perché al di là dei dati per quanto riguarda la provincia di Bolzano, che sono contenuti in quel volume che il Cons. Benedikter ha avuto l'amabilità di inviarmi a tutti sullo schema del piano urbanistico, nel piano di coordinamento territoriale, come lui l'ha chiamato, della provincia di Bolzano, nessun altro dato io per esempio conosco. Dal punto di vista giuridico è logico che qui è una sede competente, dal punto di vista tecnico io dicevo che è un po' difficile poter instaurare, così « *illico et immediate* », una discussione su un argomento di questo tipo, senza avere il preventivo esame dei dati. Quindi dal punto di vista tecnico se mai è una sede impropria, senza una adeguata preparazione, dal punto di vista giuridico è certo che è una sede propria fin che si vuole.

Secondo punto. Non è vero, se si riferiva a me, che non ci si interessi della provincia di Bolzano come consiglieri regionali, anche se non è stata accettata la sua proposta di due anni fa: no, senz'altro. Solo dico nuovamente e questo

le dicevo, che per esempio sui 32.000 posti preventivati per quanto riguarda la provincia di Bolzano, io non sono in grado personalmente, e credo come me tanti altri colleghi, di esprimermi. Possono essere dati giusti, ma noi non siamo in grado di esprimerci; siamo in grado di esprimerci sui 14.000 che tu stimi per la provincia di Trento, ma non è che con questo si possa dire: « non sono un consigliere regionale », no, per il semplice motivo pratico e di fatto che i dati della provincia di Trento li conosciamo, anche perché li abbiamo fatti fare noi, mentre per la provincia di Bolzano come dicevo, noi non lo abbiamo fatto fare, ed era logico che fosse così né li conosciamo.

Concludo subito dicendo questo, senza inoltrarmi in altre valutazioni: è chiaro che il discorso mi pare che a questo punto debba essere finito, visto che non l'hai fatto tu Molignoni di citare dei dati che riguardano la disoccupazione in provincia di Trento ecc., tanto per vedere ad occhio, come dicevamo stamattina, se i 12.000 posti possono essere accettabili anche se in via largamente di massima. Visto che non li hai citati tu, i dati li dò io: l'emigrazione stagionale in provincia di Trento registra punte medie di 15.000 unità. Ora presumibilmente coloro che sono all'estero stagionalmente non sono gente occupata o che possa occuparsi facilmente in paese, quindi significa che questi qui dovrebbero essere disoccupati già oggi e quindi bisognosi di un posto di lavoro. Le punte massime di disoccupazione stagionale registrate in Trentino sono anche quelle su circa le 15.000 unità. E terzo elemento, di quegli elementi per dare una certa interpretazione, anche minima ai quali non occorre essere tecnici, la sottoccupazione rurale in provincia di Trento è stimata non solo da noi ma ormai da tutti coloro che si sono occupati di queste stime, sul minimo di 16.000 unità. Ades-

so veda lei, in base a questi dati, quanto può essere corrispondente alla realtà, il dire o l'affermare che in provincia di Trento c'è la necessità di una creazione di 14.000 posti di lavoro, non so neanche su che arco di tempo l'hai detto, non so se è da qui al 75 o dal 61 al 75, perché per esempio . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): Da qui al 1975.

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Da qui al 1975, è già qualche cosa di diverso se si dice dal 1967 al 1975.

MOLIGNONI (P.S.U.): E poi io ho calcolato l'incremento naturale della popolazione. I dati bisogna saperli interpretare.

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Allora è vero quello che dicevo prima. Benissimo, questo è un chiarimento notevole, un chiarimento notevole Molignoni, perché se tu estrapoli solo i dati sulla natalità e sulla mortalità, questo è un procedimento che ormai è così artigianale e rudimentale che adesso non va più, perché bisognerà pur calcolare adesso, calcolare e dire, non dico quanto, ma dire se, per esempio, calcoli l'emigrazione, se fai conto dell'emigrazione o non fai conto dell'emigrazione, cioè se fai un'ipotesi zero emigrazione al 1975, oppure se fai un'ipotesi al 5%, al 3%, al 6%.

MOLIGNONI (P.S.U.): Ipotesi zero.

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Altro elemento indispensabile, per esempio, è anche vedere che percentuale si prevede, nella componente di tutto questo quadro generale, della partecipazione della donna al mondo produttivo, se si calcola che partecipi al 100%, se si calcola che partecipi al 70, al

50%. Son tutte varianti del calcolo che bisogna esporre, per poter fare un giudizio sulla metodologia seguita e quindi anche sui risultati che da una simile metodologia si desumono. Comunque, ripeto, non è, questo ci tenevo ad affermare, non è che ci si disinteressi della provincia di Bolzano, no, perché qui abbiamo il dovere di occuparcene evidentemente. Dicevo solo che per quanto riguarda i dati della provincia di Bolzano, io non sono in grado — perché non ho gli elementi — di giudicare, mentre siamo in grado di giudicare per quanto riguarda i dati che tu hai dato relativi alla provincia di Trento.

Lasciami terminare se mi consenti, sommessamente, con un modesto consiglio da amico: la metodologia che tu hai seguito per far saltar fuori 14.000 posti a Trento, non è certo una metodologia che può servire eventualmente a te o ad altri legittimamente.

MOLIGNONI (P.S.U.): Ma neanche la tua!

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Non credo. Scusami, lasciami finire il pensiero, pensiero, ripeto, amichevole e somnesso. Non credo che sia con l'applicazione di una simile metodologia che puoi eventualmente difenderti o difendere determinati legittimi interessi in provincia di Bolzano, perché se una metodologia di quel tipo lì venisse seguita in provincia di Bolzano evidentemente non arrivi a 32 ma probabilmente a 2. Chiedo scusa perché non devo darti io consigli, ma mi permettevo così, cordialmente, di dirtelo in maniera molto somnessa.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? Diamo per ultimo la parola all'assessore Albertini.

ALBERTINI (Assessore industria e tra-

sporti - D.C.): Il disegno di legge sulle aree industriali presentato al Consiglio regionale, partiva da un quadro di realizzazione di interventi nelle aree industriali, secondo le premesse e la relazione presentata in sede di discussione del bilancio regionale stesso. Difatti la relazione, la prima relazione accompagnatoria al disegno di legge, teneva conto delle previsioni formulate nei due piani urbanistici: una speciale, l'altra ufficiosa o perlomeno indicativa, non ancora definitiva, quella che era stata trasmessa all'assessorato regionale dall'ufficio di urbanistica di Bolzano. Se i consiglieri ricordano, si partiva dal presupposto degli 11.000 posti di lavoro nella provincia di Bolzano e dei 150 ettari previsti per Bolzano, secondo i dati esposti dall'assessore Benedikter, e dai 650 ettari per la provincia di Trento.

Per quanto riguarda Bolzano era una completa soddisfazione della richiesta di tale provincia, in quanto noi nel piano degli 800 ettari avevamo accolto l'intera indicazione della provincia di Bolzano. Per la provincia di Trento era un'indicazione in difetto, però provvisoriamente ritenuta ottimale in questo momento. D'altro canto una programmazione, un'impostazione economica evidentemente può sempre inserirsi in un piano più ampio, difficilmente può inserirsi in un piano urbanistico più ristretto.

È nata tutta qui la discussione in definitiva, e credo anche il problema, ed è nata in commissione all'industria, quando il cons. Mollignoni, a nome del P.S.U. e della D.C. di Bolzano, ha detto che il piano che lui aveva indicato era il frutto della elaborazione dei due partiti che componevano, che rappresentavano la D.C. e il P.S.U. Riteneva di non poter accogliere le indicazioni dei 150 ettari e degli 11 mila posti di lavoro per la provincia di Bolzano, perché eccessivamente modesti, in quanto, par-

tendo dai dati dell'incremento demografico della provincia di Bolzano, — sviluppo demografico più intenso della provincia di Trento, — da altri dati che poi ha riferito anche qui nella discussione, bisogna perlomeno raddoppiare il numero dei posti di lavoro da mettere a disposizione nel settore dell'industria, 20.000 posti di lavoro per il settore dell'industria e gli altri nel settore terziario. Poiché vi era l'esigenza di far camminare un po' svelto il disegno di legge e non avevamo il tempo di approfondire le questioni che erano emerse in commissione, il sottoscritto ha accettato di stralciare completamente la relazione e rifare la relazione così detta burocratica, giustamente, comunque non certo impegnativa come era la precedente, rinviando a un tempo successivo il dibattito sulle tesi che sono emerse. Non è che il problema non esista, anche rinviandolo; il problema esiste, il problema bisognerà risolverlo con una discussione in sede urbanistica e in sede di programmazione economica: per vedere se effettivamente, dato l'incremento di natalità della provincia di Bolzano senz'altro superiore a quella di Trento, date le premesse della situazione dell'agricoltura di Bolzano, migliori che in provincia di Trento, per altro non sufficientemente tali da poter garantire un assorbimento della manodopera delle nuove leve, e data la situazione del settore terziario, vi era l'esigenza di aumentare la previsione di nuovi posti di lavoro per l'industria a prescindere dalla tematica della dislocazione, della localizzazione che il cons. Posch ha portato qui, cioè se fare una industrializzazione concentrata o se fare una industrializzazione decentrata. E l'assessorato non si è impegnato di dare una risposta immediata con questo disegno di legge, conscio che in sede di bilancio fra alcuni mesi sorgerà la necessità di risolvere il problema, perché con questa legge sarebbero soddisfatti gli interessi dello svilup-

po industriale della provincia di Bolzano in maniera definitiva, perché per 150 ettari le possibilità finanziarie messe a disposizione sarebbero sufficienti. Se però dai 150 ettari passiamo ai 300 ettari, ai 400 ettari, secondo la diversa impostazione delle necessità della provincia di Bolzano, evidentemente anche i dati previsionali del programma investimenti delle aree industriali, dovrebbero essere modificati: dai 22 miliardi dovremmo arrivare ai 30 miliardi, indubitabilmente.

Dunque non penso che sia stato inutile, anche se questo disegno di legge è contingente e va incontro ad esigenze immediate delle due Giunte provinciali nel quadro della politica di industrializzazione, perché di questo tema già avevamo discusso nella relazione al bilancio regionale, ed era apparsa evidentemente una posizione diversa fra la tematica portata avanti dal cons. Benedikter e quella del cons. Malignoni. Bisognerà evidentemente che questi temi in sede propria, innanzitutto in sede provinciale, siano veramente approfonditi, e sia data una risposta, quella che accosta di più la verità. È certo che noi rimaniamo sempre più perplessi di fronte a questi temi, perché dal punto di vista regionale non possiamo non tener conto di un giusto equilibrio delle due province, delle popolazioni ivi residenti. Prima di tutto perché non crediamo che né la provincia di Trento né la provincia di Bolzano abbiano le possibilità di costituire un volano dell'economia della nostra regione, cioè non credo che abbiamo noi una vocazione industriale, per varie ragioni: di decentralizzazione, di montuosità del territorio, di strozzature di comunicazioni od altro, per costituire una piattaforma, una base sicura che garantisca lo sviluppo economico, o perlomeno per garantire una risposta adeguata alle nostre popolazioni, cioè il lavoro in loco, che è una risposta che gli urbanisti, soprattutto gli urba-

nisti che sottolineano l'esigenza umana, direi, dell'uomo, richiedono; cioè avvicinare il lavoro all'uomo, più che far andare l'uomo al lavoro. In fondo sia la provincia di Trento, sia la provincia di Bolzano, date proprio le loro caratteristiche di montuosità, di strozzatura, di poco territorio e anche di decentramento nel confronto dei poli di sviluppo industriale, dei porti di mare ecc. non possono, dal punto di vista economico, se non di fronte a una politica molto più decisa da parte dell'ente pubblico, e che fino ad ora non è stata possibile perseguire, che compensi i dati di partenza negativi, non possono dare una risposta come tali, cioè noi non abbiamo un territorio che abbia vocazioni industriali. Secondo gli studi, perlomeno le discussioni che abbiamo fatto per concludere la conferenza dell'industria, il nostro territorio, per sua natura, è destinato a funzioni prevalentemente di servizio e di scarico; la montuosità e la strozzatura di fondovalle non consentono larghezza di manovra, anzi espongono al pericolo dell'intasamento. Io riconosco ai piani urbanistici questo tentativo di risolvere globalmente, di dare una risposta globale all'occupazione di tutti i propri abitanti ma non siamo pervenuti ancora alla convinzione scientifica e pratica, per dire se questa risposta la possiamo dare o meno, o se il fatto emigratorio, dato l'incremento della natalità, non diventi un fatto permanente. Non è stata data ancora una risposta. Non è che noi diciamo a priori che non sia possibile, dico che siamo ancora in uno stadio nel quale manca ancora una risposta concreta, che deve dar soltanto la programmazione economica; ed è una risposta molto difficile, perché ci sono parecchi studi da fare, per esempio nel settore turistico, sulle forme, sulle possibilità della nostra vocazione turistica, per quanto riguarda soprattutto le valli periferiche della montagna. È questa una delle risposte più

urgenti contro l'inurbamento nel fondovalle, e questa risposta verrà data dalla Giunta regionale nella chiusura della conferenza al turismo. È secondo questa risposta che potremo vedere quanta della nostra popolazione potrà confermare la sua vocazione in montagna, per mantenersi in quelle località, con un potenziamento del turismo stesso.

Poi bisogna vedere se ci sono tipi di industria che possono essere destinati a un decentramento per integrare la economia turistica nelle valli, perché alcuni tipi di industria possono essere periferici, altri no; vi sono paesi che hanno risolto questo problema con un certo tipo di industria. E poi vi è il contrasto fra le esigenze economiche e le esigenze umane, il concentramento e decentramento. Basterebbe rileggere le discussioni, i dibattiti svoltisi in Inghilterra per decongestionare Londra, per fare zone industriali alla periferia; si sono costituite delle città satelliti attorno a Londra, che poi sono risultate anemiche, non ci è andato nessuno, e l'investimento fatto è stata una secca perdita per il paese, ma il tentativo è perseguito ancora con altri tentativi, perché controindicazioni dell'inurbamento e di costi dell'inurbamento si presentano.

Comunque penso che una delle verità delle quali dobbiamo convincerci è che la Regione rappresenta una interconnessione economica, ecologica e sociologica, per cui noi non possiamo pensare a dei piani urbanistici che non siano coordinati fra l'uno e l'altro territorio. La Regione ha un'unità geografica: l'asta dell'Adige e i suoi affluenti e un'unità economica di fondovalle, una agricoltura uniforme al fondovalle, le strade di percorrenza unitarie. Quindi noi possiamo avere una tematica difforme dal punto di vista tecnico, dal punto di vista politico, ma è certo che faremmo un cattivo servizio alle nostre popolazioni se do-

vessimo forzare soluzioni di natura provinciale, in un senso o nell'altro, e non vi è dubbio che l'economia del Trentino potrà guardare all'economia dell'Alto Adige come integrazione reciproca, anche per risolvere i problemi della propria popolazione, perché non è detto ancora che il sovrappopolamento dell'Alto Adige non possa trovare una soluzione nell'asta dell'Adige, divisa dal punto di vista amministrativo; ma questa divisione dal punto di vista amministrativo non ha nessuna ragione d'essere, nessun valore dal punto di vista né economico, né dal punto di vista urbanistico, perché evidentemente un taglio dell'asta dell'Adige semplicemente dal punto di vista amministrativo è un non senso.

E questo discorso evidentemente vale appunto per le province a noi confinanti. Ma il discorso con le province confinanti ha il suo valore evidentemente perché ci condiziona, e condiziona anche loro reciprocamente. Ma io penso che un sociologo o uno scienziato che prenda in mano la nostra situazione generale, non può che dare una risposta di impegno ad una soluzione coordinata del nostro territorio; e questo al di là delle questioni politiche, perché poi come si raggiunga questo accordo è una questione diversa, metodologica: si può raggiungere in sede di Consiglio regionale, in sede di riunioni, di partecipazioni, di contatti ecc. Io voglio sottolineare soltanto che le soluzioni parziali non possono essere definitive e una soluzione definitiva in un posto condiziona quell'altra, e quindi occorre evidentemente andare di pari passo. Quello che ho sempre sostenuto è che una politica urbanistica o di programmazione non può essere che concentrata. Siamo 800.000 abitanti, abbiamo un'unità geografica economica comune, e quindi evidentemente noi dobbiamo elaborare insieme uno sviluppo di fini e una metodologia comune per

arrivare a questi fini, e dobbiamo utilizzare l'intero territorio per questa tematica, e il coordinamento caso mai con spazi più ampi, che sono evidentemente i collegamenti col bellunese, con Verona e con la Lombardia, e non in una restrizione di spazi nella nostra discussione, nella nostra tematica.

Scendendo al dettaglio, si può ben dire che il comune di Salorno non condiziona l'economia delle valli dell'Avisio e del Noce, e se uno volesse risolvere la tematica sull'urbanistica di programmazione in quella piana, senza tener conto poi che le valli del Noce e dell'Avisio sono in provincia di Trento, che cosa farebbe? Farebbe un lavoro non solo inutile, ma pregiudizievole alla soluzione integrale. Ecco un assurdo, che si può constatare sul piano scientifico, sia per quanto concerne la tematica stradale, la tematica delle colture, la tematica delle zone industriali. Non so se ci si rende conto di questa questione di fondo. Ciononostante ci vengono rivolte molte accuse perché non abbiamo chiuso la conferenza dell'industria. Signori, anche il consulente, il prof. Mazzocchi, si trova di fronte a serie difficoltà di chiudere una tematica di questo genere, perché da un lato la provincia di Trento ha camminato molto svelta sulla sua problematica, e quindi ha già definito il quadro generale. Non abbiamo ancora il quadro generale della provincia di Bolzano. Dovendo fare una sintesi e dare una risposta completa in coordinazione con gli altri territori, evidentemente non possiamo dare questa risposta finché non si è pronunciata la provincia di Bolzano circa le soluzioni di fondo del suo territorio.

Una nostra risposta, sarebbe controproducente, inutile comunque, perché una risposta della tematica industriale, della programmazione economica delle aree industriali per le infrastrutture, soprattutto perché si punta su

quello, evidentemente condizionerebbe una soluzione nel territorio, e, viceversa, noi siamo condizionati a soluzioni in tema provinciale. Ora, la spartizione delle competenze rende necessario, in attesa di una migliore definizione, un accordo al di là di questioni di prestigio, di opportunità ecc. Cioè non può la provincia ritenere che esuli dalla sua tematica della programmazione economica, né la Regione può svincolarsi dalla tematica urbanistica, affrontando la sua tematica della programmazione economica; non è possibile in definitiva, se si vuol fare una cosa che resti in piedi. Pertanto lo studio dovrà essere sottoposto al controllo; io non voglio giudicarlo oggi, perché non sono nelle condizioni di giudicarlo; la Giunta regionale l'ha appreso ieri e indubitabilmente dovrà farne oggetto di attento esame, come dei dati e delle indicazioni del cons. Benedikter.

Sono dati che vanno giustamente approfonditi, anche perché immediatamente dopo questo, dobbiamo elaborare un secondo provvedimento di legge, appena presentato il bilancio, e a questo secondo disegno di legge noi non possiamo mica sfuggire e dire: lasciamo passare questo e vediamo come risolverlo. Quindi verrà fuori la questione, viene fuori indubitabilmente, tanto più che non è un discorso né accademico né un discorso di poco rilievo, è un discorso di fondo, indubitabilmente, è una risposta di fondo, ha le stesse esigenze rappresentate in sede urbanistica, perché se poi in sede urbanistica non si dà una risposta adeguata alla programmazione economica, quella rimane solo un complesso vincolistico, una natura puramente formale, una salvaguardia pura e semplice. Quindi la Giunta regionale prende atto delle indicazioni pervenute anche in questa tematica, farà elaborare alcuni dati anch'essa, non per sovrapporre un proprio giudizio a quello urbanistico che è di competenza delle due

province, ma per collaborare, per vedere se può nascere un'indicazione sulla quale siamo tutti d'accordo, in maniera che la politica che viene perseguita in sede urbanistica possa essere coordinata con la politica da seguire in sede di programmazione economica, di impostazione della tematica economica.

La conferenza dell'industria doveva essere chiusa entro il 10 di questo mese; purtroppo il consulente ha chiesto un ulteriore rinvio proprio per la complessità dei temi. E quindi si chiuderà la conferenza dell'industria in settembre, alla fine di settembre. E il nostro consulente, devo dir la verità, nel settore dell'industria, non è che abbia mai detto o che presume di dire che la soluzione industriale è la soluzione definitiva del nostro territorio; tiene conto e vorrà tener conto anche di tutti gli altri settori economici, delle possibilità turistiche, delle possibilità dell'agricoltura, se ci sarà una ulteriore erosione dell'agricoltura, una previsione anche di questo più o meno in provincia di Bolzano e in provincia di Trento. Vi posso preannunciare che siamo propensi ad una inversione di tendenza per quanto riguarda gli incentivi. Non riteniamo che l'abbattimento dei costi degli interessi sia valido per una incentivazione industriale, lo si mantiene per non essere un territorio disincentivato, perché anche da altre parti si fa così, ma il consulente ritiene che gli incentivi più efficaci siano essenzialmente le infrastrutture, le aree industriali, le grandi vie di comunicazioni, ecc.

Teniamo poi conto che la nostra regione non è stata ancora dichiarata depressa, ci son difficoltà serie per questo.

E allora prevedere per la provincia di Bolzano 400 ettari o 150 ettari o 300 ettari, senza la possibilità dell'applicazione della 623 e della 614 per il settore industriale, è come lavorare a vuoto. Quindi i problemi sono molti; per

cui se vogliamo mantenerci alla pari con le altre zone ed offrire condizioni migliori, dobbiamo effettivamente impegnarci di più nel settore dell'industria. Ora, se guardiamo l'intervento finanziario, dobbiamo constatare che il 48% del bilancio regionale va all'agricoltura e alle foreste, mentre l'industria incide per il 12,31 per cento, anche con questi 200 milioni messi a disposizione. Quindi non si può pensare a una risposta adeguata, tanto più se vengono a mancare le incentivazioni statali. Comunque sono stati poi avanzati altri temi, in connessione con questo disegno di legge. Si è fatto il punto sulla situazione della nostra industria, si è detto che lo sviluppo è troppo lento, perché gli industriali vengono e poi non hanno le agevolazioni costanti, ci sono cioè agevolazioni iniziali che poi cessano. Quindi c'è in certo qual modo una verifica sull'utilità della politica di industrializzazione della regione. Cioè il nostro strumento — le azioni al portatore, all'ammannimento delle aree, l'abbattimento del costo degli interessi, l'esenzione dalle imposte —, è sufficiente a risolvere il nostro problema industriale? È inutile che me lo domandiate; vi rispondo subito che non è sufficiente. L'esenzione nazionale delle imposte ormai è estesa a gran parte del territorio nazionale, l'incentivazione al 4% è praticamente dappertutto, le azioni al portatore, con il sistema fiscale vigente, hanno diminuito di gran lunga il loro valore. Che cosa può muovere un industriale a venire da noi? Certo l'autostrada faciliterà la venuta, ma neanche l'autostrada è un elemento risolutivo; giovano anche le aree infrastrutturate e la manodopera.

Da un'indagine fatta risulta che uno degli elementi determinanti per la scelta di un territorio è la manodopera. Però neppure questo può essere un elemento risolutore. Quindi, se si è d'accordo per una ricerca, per una attiva-

zione del settore industriale occorrerà cercare ulteriori strumenti. Sappiamo che il resto del territorio ha, per esempio, i contributi a fondo perduto, ha la costruzione dei fabbricati. C'è chi si scandalizza a questi interventi, e allora faccio un paragone: la nostra industria navale è stata costruita per il 40% con i contributi a fondo perduto, per l'altro 40% con mutui presso l'IMI al tasso del 4% e il rimanente 20% con il concorso degli industriali. Anche quella è un'industria che serve evidentemente per la movimentazione dell'economia nazionale, per l'occupazione in certi altri posti. Se per fare una nave io ho queste facilitazioni, non vedo perché uno si debba scandalizzare se queste facilitazioni vengono date a un industriale che fa qualche cosa d'altro.

Dico questo per fare un paragone, perché c'è chi si scandalizza se il gruppo della Montecatini ha una agevolazione, però quando la Montedison va in Sardegna, ecco che ottiene 20 miliardi di mutui agevolati e tariffe elettriche differenziate e altre agevolazioni. Lì nessuno si scandalizza, e tutti votano, tutti i partiti, nel Consiglio regionale sardo, perché è un'esigenza. Ora noi siamo i soliti moralisti, i quali dicono: ma perché dare aiuti alla Montecatini, alla Montedison, alla grossa industria, con gli alti profitti che hanno? perché dobbiamo agevolarli?

Se non lo facesse nessuno sarebbe anche giusto, ma che proprio noi dobbiamo essere così sottili e non metterci alla pari con altri territori, mi sembra fuori posto. Se la Lancia di Bolzano vuol fare un investimento di 4 miliardi per occupare 200 operai come sta facendo, essa non può accedere al credito agevolato; se però fa uno stabilimento a Verona, come lo sta facendo, ecco che ha il terreno gratis, ha agevolato il credito e ha tutte le altre disponibilità, l'esenzione decennale dalle imposte, e così farà lo stabilimento a Verona, non farà un potenziamento

della zona industriale di Bolzano. Io son ben convinto che sarebbe giusto che queste agevolazioni venissero fatte solo per i territori depressi, ma quando questo concetto del territorio depresso è molto annacquato, signori, anche noi non possiamo fermarci a sottigliezze. La zona industriale di Bolzano è tagliata fuori netta, sia dalla esenzione generale dalle imposte, sia dal credito agevolato, sia dai contributi regionali, perché non è zona né depresso né montana, e quindi è inutile andar ad acquistare, secondo me, anche altri 17 ettari perché non ci sarà nessuno che andrà lì a fare investimenti, quando potrà fare investimenti in una zona più centrale del mercato, con tutte le altre agevolazioni. Allora bisogna effettivamente battersi presso il Governo perché, perché il territorio, se effettivamente gli indici di natalità sono quelli che sono, e se non si vorrà portarsi all'emigrazione perenne, possa avere quelle agevolazioni. Se non sarà la zona industriale evidentemente sarà un'altra zona, ma comunque sempre nel territorio della provincia di Bolzano e della provincia di Trento, secondo me interscambiabili; ma non possiamo rinunciare così *sic et simpliciter* e dire per esempio: noi ci accontentiamo di essere territori montani. Se avverrà la dichiarazione di territori montani per la provincia di Bolzano e per la provincia di Trento, la grande industria sarà tagliata fuori completamente, perché il comitato della programmazione ha ritenuto che per i territori montani l'unità insediativa non può essere agevolata, quindi nessuna grande industria potrà venire qui, né trasferire, né potenziare i propri stabilimenti, né fare una società per azioni di promanazione della società principale, perché non si fa conto dell'unità insediata, ma si fa il coacervo del capitale sociale. Quindi evidentemente anche la società per Azioni Marzotto nel Trentino è tagliata fuori, come ad esempio, la Viberti, parte della Lan-

cia e qualunque altra iniziativa. Questo è ormai l'orientamento, e quindi sarebbe inutile, dico io, investire centinaia di milioni in aree che resterebbero lì inutilizzate, se non si segue un'altra politica, almeno di non disincentivare il territorio, cioè mantenere almeno le stesse condizioni del territorio di Verona, del territorio veneto. Quindi bisogna vedere il complesso del problema, sia sulla 623, sia sulla 614, sia sulle nostre leggi. Se lo Stato non vorrà adeguarsi a questo dobbiamo evidentemente sopportare noi ulteriori costi per mantenere una certa concorrenzialità con gli altri territori. La nostra politica è una politica giusta o non giusta, ha avuto anche le sue vittime come tutte le politiche di industrializzazione, ma se non avessimo fatto questa politica a che punto saremmo noi? Questo bisogna domandarci! È vero che non abbiamo camminato molto, ma se fosse mancata anche questa modesta politica di incentivazione che ha avuto incremento in questi ultimi anni, noi non saremmo certo neppure in questa situazione.

Poi ci sono anche fattori psicologici: la tranquillità dell'ambiente, i rapporti sindacali, la politica sindacale, tante cose, l'istruzione professionale qualificata, la manodopera intelligente, il livello di cultura della popolazione, questi fattori che noi possiamo offrire, che vanno incrementati, che vanno valorizzati nell'offerta per l'industrializzazione. Ma questa risposta la daremo autorevolmente nella conferma dell'industria. Noi ci stiamo preparando adeguatamente per dare questa risposta in termini precisi, per dare questa risposta.

Per quanto riguarda la concentrazione e rispettivamente il decentramento sono perfettamente d'accordo con il cons. Posch. Noi dobbiamo sforzarci di non eccedere nella concentrazione, quindi favorire il decentramento in-

dustriale dove è possibile. Ogni industria che va alla periferia compie una funzione non solo economica, ma sociale, perché riequilibra il territorio, diminuisce i moti pendolari, diminuisce i fenomeni dell'inurbamento, quindi va accolta, va curata al massimo. L'imprenditore che va alla periferia ha bisogno di maggiore assistenza, quindi di maggiori incentivi, ed è bene che vada. Però dobbiamo tener conto che devono andare determinati tipi di industria, perché un'industrializzazione alla periferia è più difficile e potrebbe creare problemi di natura sociale enormi, perché un'azienda che fallisce in una città di 100.000 abitanti è recuperata dal contesto dell'ambiente, alla periferia una azienda che fallisce può mettere in crisi tutta una economia, perché un contadino, il figlio di un contadino che si è messo nell'industria non torna più nell'ambiente di origine, e quindi diventa uno spostato. Quindi tutte le iniziative periferiche sono le più difficili da curarsi, quelle da assistere maggiormente, senza con ciò fermare l'industrializzazione di altri centri; ma dare evidentemente dove il presupposto economico c'è, cioè fare un prodotto che possa resistere al mercato, perché non possiamo sostenere sempre il deficit economico di una azienda per il fatto che è alla periferia, ma ci sono tipi di aziende che possono andare alla periferia, se sono ricercate, e quindi possono sostenersi anche in periferia.

Quindi noi ci sforziamo perché l'iniziativa abbia una base economica; in una concezione di mercato non è possibile sostenere in eterno il deficit economico di una azienda, anche se tutti i valori umani sono molto impegnativi per noi, per una determinata soluzione.

Vinante ha chiesto ragguagli circa spese fatte e investimenti non utilizzati. Io direi che sono modesti; quelli del comue di Rovereto sono già stati utilizzati, la Provincia non aveva

ancora l'aggiornamento degli ultimi dati, cioè la zona di 155 milioni finanziata è stata completamente utilizzata, quella di Sarnonico no. Solo c'è qualche piccola cosa non utilizzata. Nel complesso però le aree industriali sono state utilizzate; anzi direi che ci siamo trovati di fronte al fatto che oggi nessun comune ha un ettaro di terra da mettere a disposizione dell'industria. In tutto il territorio regionale ditemi quale è il comune che ha un ettaro di terra da mettere a disposizione dell'industria oggi! Se viene un industriale, se riusciamo a captare un industriale, noi non sappiamo dove metterlo, perché i comuni non acquistano le aree se non quando hanno la sicurezza, che viene l'iniziativa, il che può essere giusto fino a un certo punto, perché può venire un industriale il quale ha subito i programmi e vuole immediatamente costruire. Quindi una certa superficie di aree dobbiamo preconstituirla, perché poi se capita l'occasione possiamo avere qualche cosa da offrire all'industria. Posso dire che sono pochissimi i casi di aree alle quali è stato dato il contributo e non c'è stata iniziativa. Che poi ci siano stati industriali venuti da noi che hanno abbandonato, io non li conosco, la pregherei proprio di essere preciso, perché in fondo quelli che son venuti, li abbiamo sempre curati al massimo, che poi abbiano fatto l'opzione per altri territori, perché trovavano il loro interesse in altri territori, questo è un altro conto.

Per chiudere, io direi: facciamo pure il punto sulla situazione, lo faremo alla conferenza dell'industria. Per quanto riguarda la tematica presentata prenderemo conoscenza e approfondiremo l'argomento, pregando soprattutto la provincia di Bolzano di accelerare questo suo studio, perché non possiamo fermare tutto, la conferenza dell'industria, le decisioni della programmazione, perché non abbiamo ancora una chiarezza di quelli che sono i fini di quello

che si vuole anche in provincia di Bolzano, tanto più che poi questa è una complicazione anche per la provincia di Trento, allora dovremmo fermare tutto, il che non è neanche giusto, nato, io non li conosco, la pregherei proprio anche se il tema merita di perdere un po, di tempo. Non dobbiamo neanche essere eccessivamente solleciti pur di arrivare a fare le cose in maniera superficiale, perché sono molto complesse.

Quindi credo che la discussione sia stata utile, e ringrazio quelli che sono intervenuti, soprattutto ringrazio chi è intervenuto e ha dato un respiro che difficilmente qualche volta si trova qui da noi, respiro regionale ai problemi. Io sono un fervido convinto assertore che sul piano economico dei nostri problemi il dialogo fra Trento e Bolzano, sia in Consiglio regionale sia in altre sedi, va curato al massimo in quanto le soluzioni sono soluzioni interdipendenti. Pertanto anche in questo campo risulta più che valido il mandato politico regionale, di cui siamo investiti.

PRESIDENTE: Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: unanimità.

Art. 1

Per la concessione di contributi in base alla legge regionale 4 ottobre 1965, n. 11 contenente agevolazioni per insediamenti industriali in regione, è autorizzato, nell'esercizio finanziario 1967, il limite d'impegno di lire 200 milioni.

Sul limite d'impegno di cui al precedente comma sono disposte le seguenti assegnazioni:
— lire 100 milioni alla provincia di Trento;
— lire 100 milioni alla provincia di Bolzano.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich habe die

Ausführungen des Assessors zum größten Teil gehört, jedenfalls den interessantesten Teil, und möchte dazu kurz, nachdem es doch um wichtige Fragen geht, Stellung nehmen. Wenn der Assessor sagt, es brauche eine Koordinierung zwischen den beiden Provinzen und zwischen der Region, die die beiden Provinzen umfaßt, und den Nachbarregionen — er hat vergessen, daß es auch Nachbarregionen im Norden und in der benachbarten Schweiz gibt —, so ist das beinahe ein Gemeinplatz. Wenn er diese Koordinierung im Sinne des gegenseitigen Überzeugens über Lösungen, die von gegenseitigem Interesse sind, versteht, dann, möchte ich sagen, ist dieselbe selbstverständlich zu bejahen. Sollte er aber die Koordinierung im Sinne einer Überwindung, einer Mißachtung der autonomen Zuständigkeiten gemeint haben, dann kann ich sie nicht bejahen. Aber ich nehme an, daß der Assessor Albertini, der schon einmal als Präsident des Landesausschusses von Trient ein energischer Verfechter der Provinzautonomie war, diese Koordinierung im Sinne des Verhandeln und des Sich-Überzeugens unter gleichrangigen Partnern meint.

Über unseren Entwurf des Landesraumordnungsplanes haben wir ein Gutachten von Schweizern, und zwar möchte ich sagen von den befähigsten Schweizern eingeholt, um uns deren Erfahrung zu eigen zu machen. Der deutsche Text davon ist schon an die Landtagsmitglieder verteilt worden. Der italienische Text ist nun auch fertig und wird ebenfalls an die Landtagsmitglieder verteilt werden. Es handelt sich um ein wertvolles Gutachten, nur sind in der Schweiz die Kompetenzen, und zwar im Sinne von Souveränität sogar und nicht nur im Sinne von autonomen Kompetenzen, zwischen den Gemeinden, Kantonen und dem Bund noch mehr zersplittert. Sie wissen ja, es gibt in der Schweiz Kantone und Halbkantone mit 15.000

Einwohner, die eine Souveränität, und Gemeinden in Graubünden, die eine eigene Gesetzgebung besitzen. Trotzdem aber, glaube ich, wissen alle, daß in der Schweiz eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung stattfindet, und zwar einerseits durch Industrialisierung, andererseits in der Erhaltung der Landschaft als Hauptvoraussetzung für Tourismus und Erholung. Trotz dieser Kompetenzaufteilung, die viel starrer ist als hier bei uns, weiß die Schweiz, was sie tut, so daß es eben mittels der Koordinierung der gegenseitigen Überzeugung über die besten Lösungen trotzdem vorwärts geht.

Dies vorausgesetzt, möchte ich die übrigen Ausführungen des Assessors Albertini in diesem Sinne auslegen und nur auf gewisse Umstände hinweisen, die Assessor Albertini zwar nicht erwähnt hat, die aber auch zur Abrundung des Bildes gehören und zur Politik, die geführt werden muß, wenn diesbezüglich zwischen Region und Provinz eine Einigung erzielt werden soll. Diese Umstände sollen nicht verschwiegen werden, denn wir sind ja dazu da, die Dinge zu sagen: Diese Politik der Industrialisierung darf nicht zur Förderung einer Zuwanderung in die Provinz Bozen führen. Das ist heute, wenigstens dem Lippenbekenntnis nach, Gemeingut aller Mitglieder des Landtages von Bozen und ich nehme an, auch des Regionalrates. Das ist eine Komponente unserer gesamten Politik.

Aus einem summarischen Entwurf für Raumordnung der Region Trentino-Südtirol, die, möchte ich sagen, probeweise im Auftrag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten gemacht wurde, und zwar angeblich, wie der Minister erklärt hat, um die Aufstellung der Landesraumordnungspläne anzuspornen, möchte ich eine Stelle vorlesen. Dieser Entwurf ist in der « Urbanistica » Nr. 49 vom heurigen Jahr

veröffentlicht und ist vom Ministerium gewissermaßen für uns gemacht. Es steht dort geschrieben: « La popolazione totale della regione era di 785.961 abitanti nel 1951, il cui incremento era dovuto soprattutto alle immigrazioni dall'Italia meridionale. » Ich möchte hinzufügen, daß erst jüngst in der LANCIA 100 Fachkräfte aus anderen Provinzen aufgenommen worden sind, anscheinend 39 von der Provinz Trient, 61 von anderen Provinzen, und zwar angeblich, weil in der Provinz Bozen die entsprechenden fachlichen Eignungen nicht gefunden werden konnten. Dazu kann man sagen, die Provinz Bozen sollte dafür sorgen, daß diese fachlichen Eignungen, sei es auf der Seite der Deutschen, sei es auf der Seite der italienischen Sprachgruppe, eben zuwege gebracht werden. Die Frage, ob diese fachlichen Eignungen wirklich in der ganzen Provinz nicht gefunden werden konnten, möchte ich offen lassen, d.h. ich bin nicht restlos überzeugt, daß diese Eignungen nicht wenigstens teilweise hätten gefunden werden können, wenn der Grundsatz der Bevorzugung der einheimischen, hier ansässigen Arbeitskräfte restlos durchgeführt worden wäre. Auch wir haben uns dazu bekannt, daß es im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Freizügigkeit geben soll, nicht nur der abhängigen Arbeiter sondern auch der unabhängigen Arbeiter. Aber dieser Grundsatz der Freizügigkeit, der auch in der italienischen Verfassung verankert ist, kann mit dem Grundsatz der Bevorzugung der Arbeitskräfte, die sich an Ort und Stelle befinden und dort ihren Wohnsitz haben, koexistieren. Das gehört auch mit zur Industrialisierungspolitik und muß mitbestimmend sein. Wir können nicht einfach nur die Forderung aufstellen, auf Grund der 12.000 industriellen Arbeitsplätze, die laut Plan bis 1981 notwendig sind, da und dort Industrien zu schaffen, mit der entsprechen-

den Anzahl von Hektaren, wie es die technische Entwicklung und die zunehmende Automation erfordert, sondern wir müssen auch darauf Bedacht nehmen, daß diese 12.000 industriellen Arbeitsplätze durch Ansässige, und zwar beider Sprachgruppen, wirklich besetzt werden können. Auch das gehört mit. Deswegen ist eine gewisse Auslese in dieser Hinsicht notwendig, d.h., wir müssen sicher sein, daß die ins Leben gerufenen Industrien, seien es nun selbständige Industrien oder Filialen von Industrien anderer Gebiete, auch tatsächlich durch einheimische Arbeitskräfte besetzt werden können. Und ich möchte sagen, daß das Programm — ich meine das jetzt vom Senat nun endgültig oder demnächst zu genehmigende erste Fünfjahresprogramm der italienischen Republik — Grundsätze enthält, die genau diesen unseren Erfordernissen als Land im Gebirge entsprechen. Ich beziehe mich dabei auf die im 16. Kapitel des Programmes, in den Artikeln 155, 156, 177 und 161 enthaltenen Grundsätze über die allgemeinen Ziele der Raumordnung. Ich lese sie nicht vor, obwohl es vielleicht gut wäre. Wir werden diese im Landtag von Bozen besorgen, sobald dieses Programm, nach Genehmigung seitens des Senats, verteilt wird. Nur auf einen Punkt möchte ich jetzt schon hinweisen, in dem es heißt: « ...eine radikale Änderung des Systems der Anreize (ich habe hier nur die deutsche Übersetzung) zugunsten der wirtschaftlich unterentwickelten Berggebiete, da das bisherige System sich als wenig wirksam erwiesen hat (und damit sind eben die Berggebiete insgesamt gemeint).

Die ergriffenen Maßnahmen (also die bisherigen) bewirkten weder eine Verlagerung der zu dezentralisierenden Einrichtungen in geeignete Zonen, noch förderten sie neue Tätigkeiten, die mit der Umgebung und den Fähigkeiten der Bewohner im Einklang standen, so daß die Ab-

wanderung nicht aufgehalten und das Verbleiben in der Heimat (im Programm heißt es « terra d'origine ») nicht möglich gemacht wurde, auch nicht nur so, daß sie in einer ihrem Wohnort nahegelegenen städtischen Siedlung ihre Arbeit verrichten konnten. » Also mit anderen Worten, im Programm wird für ein Land im Gebirge, wie es das unsere und auch das Trentino ist, genau die Politik befürwortet, die wir als Leitbild im Entwurf des Landesraumordnungsplanes vorgesehen haben.

(Ho ascoltato gran parte, indubbiamente la più importante, di quanto esposto dall'assessore e poiché si tratta di questioni importanti, vorrei prendere brevemente posizione in merito. L'affermazione dell'assessore, che necessita cioè un coordinamento fra le due provincie, nonché fra la regione che le abbraccia entrambe e le regioni confinanti — egli ha dimenticato che regioni confinanti ve ne sono anche al nord e nella vicina Svizzera — rispecchia pressoché un luogo comune. Qualora egli intendesse un coordinamento sotto il profilo della reciproca intesa circa soluzioni di comune interesse, diciamo allora che lo si potrebbe approvare sen'altro. Se invece tale coordinamento fosse inteso nel senso di non osservanza delle competenze autonome, non potrei approvarlo. Presumo comunque che essendo l'assessore Albertini già stato, in veste di presidente della Giunta provinciale di Trento, un energico propugnatore dell'autonomia provinciale, intenda un coordinamento nel senso di negoziati condotti sul filo della reciproca intesa, fra co-partecipanti di pari rango.

In merito al nostro progetto del piano provinciale di coordinamento territoriale, abbiamo richiesto un parere da parte di esperti svizzeri, di esperti, vorrei dire, fra i più competenti in materia, onde far nostra la loro esperienza. Il testo tedesco é già stato distribuito ai

membri del consiglio provinciale di Bolzano; il testo italiano, approntato nel frattempo, verrà anch'esso distribuito. Si tratta indubbiamente di un parere pregevole. Certo che in Svizzera, fra Comuni, Cantoni e Confederazione, le competenze, nel senso non soltanto di competenze autonome ma finché della sovranità, sono assai più frazionate. Lei sa che in Svizzera vi sono Cantoni e semi-Cantoni di 15.000 abitanti, che vantano una sovranità, e vi sono Comuni nel Cantone dei Grigioni che si avvalgono di una propria legislazione. Ciò nonostante — e credo tutti lo sappiano — la Svizzera gode di un razionale sviluppo economico che viene conseguito, da un lato attraverso l'industrializzazione, e dall'altro però, conservando al paesaggio tutte quelle caratteristiche che ne costituiscono la fondamentale premessa ai fini turistici e ricreativi. Malgrado la estesa ripartizione di competenze cui ho dianzi accennato, alla quale, detto per inciso, si procede assai più rigidamente che non da noi, la Svizzera sa quel che fa, cosicché progredisce appunto mediante il coordinamento, mediante la reciproca intesa sulla necessità di conseguire le soluzioni migliori.

Ciò premesso, vorrei ora tralasciare le ulteriori argomentazioni svolte in questo senso dall'assessore Albertini, ed accennare solo a determinate circostanze che, a dire il vero, l'assessore stesso non ha menzionato, ma che servono però a completare il quadro e ad illustrare la linea politica da adottarsi qualora si miri a conseguire una intesa fra regione e provincia. Vi sono circostanze che non debbono passare sotto silenzio e siamo noi le persone preposte a parlarne: Questa politica d'industrializzazione non deve condurre ad un intensificarsi della immigrazione in provincia di Bolzano. È questo, almeno a parole, lo spirito che anima tutti i membri del Consiglio provinciale e, ritengo,

anche di quello regionale; è una componente di tutta la nostra politica.

Vorrei leggervi un passaggio contenuto nel sommario progetto del piano provinciale di coordinamento territoriale, per la regione Trentino-Alto Adige, elaborato, direi a titolo sperimentale, su incarico del Ministero ai Lavori Pubblici al fine, stante a quanto dichiarato dal Ministro stesso, di spronare sembra, chi di competenza, alla messa a punto dei piani provinciali di coordinamento territoriale. Tale progetto è apparso nel n. 49 della Rivista «Urbanistica», ed il Ministero lo ha, in certo qual modo, elaborato per noi. Vi è riportato: «La popolazione totale della regione era composta nel 1951 di 785.961 abitanti il cui incremento era dovuto soprattutto alle immigrazioni dall'Italia meridionale. Personalmente vorrei soggiungere che proprio ultimamente sono state assunte dalla Lancia 100 unità lavorative specializzate, delle quali 39 provenienti dalla provincia di Trento e le restanti 61 da altre provincie; ciò pare dovuto al fatto che non sia stato possibile, in provincia di Bolzano, reperire mano d'opera idonea. Pertanto va detto in merito, che ci si dovrebbe appunto interessare alla preparazione di personale idoneo alla specializzazione, e ciò sia nell'ambito del gruppo etnico tedesco che di quello italiano. Che poi non si sia veramente potuto trovare in tutta la provincia gente qualificata allo scopo, ebbene è un punto questo che vorrei lasciare aperto. Vale a dire cioè, che sono quasi del tutto convinto che la si sarebbe potuto trovare quella necessaria mano d'opera idonea, qualora ci si fosse attenuti al principio basilare del diritto di precedenza delle forze lavorative locali. Noi pure concordiamo sul fatto che debba sussistere, nel quadro della comunità economica europea, la libertà di trasmigrazione, non solo nei confronti dei lavoratori dipendenti, ma bensì anche di

quelli indipendenti. Questa norma, sancita anche dalla Costituzione italiana, può d'altronde coesistere benissimo con il diritto di precedenza delle forze lavorative che si trovano sul posto e quivi hanno la loro residenza. Anche questo rientra nella politica di industrializzazione e deve essere codeterminante. Noi non possiamo, in base ai 12.000 posti di lavoro necessari per coprire le esigenze fino al 1981, accampare semplicemente la pretesa di creare qua e là industrie le cui aree ricoprono un'estensione conforme alle esigenze dell'evoluzione tecnica e della crescente automazione, ma dobbiamo mirare a che quei 12.000 posti di lavoro industriali vengano ricoperti da residenti locali di entrambi i gruppi etnici. Anche questo rientra nella politica d'industrializzazione. È sotto questo punto di vista, pertanto, che si rende necessaria una certa selezione, vale a dire dobbiamo assicurarci che nelle future industrie, sia che si tratti di sedi centrali che di filiali industriali di altre zone, vengano impiegate effettivamente le forze lavorative locali. E vorrei soggiungere che nel programma, intendo quello ora definitivamente approvato dal Senato o comunque assai prossimo all'approvazione, cioè il primo programma quinquennale della Repubblica Italiana, sono contenuti dei principi di massima che si conformano esattamente alle esigenze del nostro territorio montano. Mi riferisco in proposito alle norme generali sul piano di coordinamento, contenute negli articoli 155, 156, 157, e 161, del capitolo 16 del programma. Non ve li leggo anche se forse sarebbe bene lo facessi. Ce ne occuperemo in sede di Consiglio provinciale in Bolzano, non appena ci verrà distribuito, dopo l'approvazione da parte del Senato, il programma in parola. Comunque vorrei accennare il punto in cui è detto: «...un radicale mutamento del sistema d'incentivazione (ho qui solo la traduzione tedesca) a fa-

vore delle zone montane sottosviluppate, poiché l'attuale sistema si è dimostrato troppo poco efficace (con ciò si allude naturalmente alle zone montane in generale).

Le misure adottate (quelle attuali dunque), non hanno consentito né un dislocamento dei complessi industriali in zone appropriate, né l'incremento di nuove attività che si conformassero all'ambiente geografico ed alle capacità professionali degli abitanti, ed inoltre non si è neppure conseguito, tramite queste misure, che i lavoratori potessero svolgere la propria opera in località prossime al loro luogo di residenza, rendendo così pressoché impossibile frenare l'emigrazione, ossia mettendo i lavoratori nell'impossibilità di restarsene nel loro territorio (nel programma è detto « terra d'origine »). In altre parole, per un territorio montano quale il nostro e quello Trentino, viene raccomandata quella politica che noi si era pronosticata quale filo conduttore ai fini del piano provinciale di coordinamento territoriale).

PRESIDENTE: La parola al consiglier Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Vi chiedo scusa, signori colleghi, se per la terza volta su questo disegno di legge prendo la parola. Vi assicuro tuttavia che non sarò molto lungo e che intervengo pur essendomi proposto o comunque meditando sul proverbio che dice: il silenzio è d'oro. Ma può non essere d'oro in circostanze come queste, anche perché, pur in presenza di una certa possibilità di interpretazione di questa discussione, così, quasi quasi come una polemica fra le due province o fra una provincia e una Regione e viceversa, tuttavia mi pare che sia criterio preferibile quello di essere abbastanza chiaro. Faccio questo perché le dichiara-

zioni dell'assessore mi son sembrate, o quanto meno le dichiarazioni che l'assessore ha ritenuto opportuno di rendere, sia pure in presenza di un disegno di legge così modesto come è quello che stiamo discutendo e sia pure con una relazione che, come lo stesso assessore ha ammesso alla fine, dalla relazione programmatica e che investiva una tematica di largo respiro quale era, ha finito invece — e ha dovuto finire — come una relazione burocratica (e questo non è stato contestato) tuttavia ripeto, delle affermazioni che sono state rese alcune mi sembrano molto importanti, per non dire anche qualcuna abbastanza grave, altre invece mi sono sembrate eccessivamente, e mi scusi l'assessore, involute. Eccessivamente involute, tale da rendere necessario un lavoro di interpretazione che indubbiamente non è facile e al quale neanche mi accingo, ma almeno sulle cose che sono parse, almeno a mio giudizio, così, abbastanza maggiormente interpretabili, mi pare di dover esporre il mio punto di vista.

Prima affermazione innanzitutto, è una affermazione che ha fatto l'assessore e sulla quale intenderei fermarmi un attimo solo: il Trentino-Alto Adige non ha vocazione industriale. Resa così senza criteri e senza commenti, mi pare una affermazione da non poter accettare, probabilmente . . .

RAFFAELLI (Assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): C'è tutta una storia . . .

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Benissimo, proprio i socialisti che guardano la storia per vedere se si può modificare la realtà che sta lì dietro. Benissimo.

Evidentemente l'assessore intendeva dire, io reputo, che noi non abbiamo evidentemente una situazione geografica tale da far pensare a una grossissima industrializzazione, cioè all'in-

dustria grossa, come si intende in zone altamente industrializzabili. Su questo sono perfettamente d'accordo e credo che nessuno non può non essere d'accordo, perché appunto l'orografia del territorio della Regione Trentino-Alto Adige ha un suo significato, ma evidentemente non è questo, credo che nessuno va a cercarlo. Quello che eventualmente si va a cercare è la possibilità di dare anche al Trentino-Alto Adige un minimo, quel minimo sufficiente di capacità anche sul piano industriale. Ora io penso che per questo, per quel tanto che è necessario per una regione che in definitiva oggi conta 750.000 abitanti, che al 2015, con i nati, estrapolati da parte dell'ufficio centrale di statistica, supererà il milione non proprio di molto, sarebbe un milione e mezzo, non di più, si tratta di vedere soltanto se per una popolazione di questo tipo può esserci una risposta affermativa all'interrogativo se l'industria da noi è possibile, cioè se c'è quella vocazione industriale sufficiente per le nostre esigenze, e evidentemente non al di là. Ora, su questo, posta la domanda in questi termini io rispondo e dico: (l'assessore all'industria penso che sia d'accordo come) che almeno entro determinati limiti, che se non fatalmente sufficienti almeno in larga parte sufficienti a quelle che sono le attuali esigenze della popolazione del Trentino e dell'Alto Adige, anche da noi questa possibilità esiste. Ora, questo è molto importante, perché se si parte dal presupposto che questa possibilità non esiste è inutile che spendiamo soldi a titolo di assistenza e non a titolo di sviluppo industriale o della creazione e determinazione di una certa infrastruttura industriale del nostro paese.

Quindi da questo punto di vista io interpreto così. Assessore, spero di interpretare bene il suo pensiero, pensando che lei volesse riferirsi al fatto che la nostra Regione non ha una vocazione industriale per una grossa indu-

stria, per una grossa infrastrutturazione industriale, questo è logico.

Secondo punto, meno esplicito nella dichiarazione dell'assessore, meglio sarebbe stato che fosse stato preciso ed esplicito, perché allora le discussioni possono svilupparsi proficuamente, diversamente diventa maggiore il lavoro di cesello e non tanto il lavoro di decisione. Gli urbanisti, dice, tendono ad un obiettivo, teoricamente non discutibile — mi pareva che dicesse l'assessore — e cioè che sia il lavoro che va agli uomini e non viceversa. Però, dice ancora, c'è un punto di domanda su questa possibilità, se cioè questo interrogativo possa essere positivamente risolto. D'accordo, una risposta precisa a questo non la avremo se non dalla realtà. Ma non è questo, credo, che ci viene chiesto oggi. Alla classe dirigente oggi si chiede innanzitutto di prendere una soluzione cioè di fare una scelta politica: in primo luogo su quale itinerario ci si vuole incamminare; in secondo luogo, di operare una politica che, tendenzialmente almeno, persegua questi obiettivi. Su questo a mio parere bisogna dire se sì o no, per il resto non credo che giovi il continuare a teorizzare per vedere se matematicamente queste previsioni potranno avere una precisa rispondenza nella realtà; nessuno lo pretende, sarebbe un esercizio soltanto accademico, ritengo.

Ora, un terzo punto: è vero che giuridicamente assessore Albertini, la provincia di Trento non è stata fino a questo momento definita provincia depressa, o zona depressa, a termini della 614. Secondo la legge che è uscita, non è stata definita, anche se però gli indici che la stessa legge propone per definire le zone depresse, sono tali per la provincia di Trento da farla ricadere immediatamente nel quadro delle zone depresse più precisate dall'art. 1 della legge 614. Giuridicamente ha ragione lei, nella sostanza però non vorrei che una affermazione —

lo dico così, un po' calorosamente, ma questo non vuol dir niente, per esprimere con immediatezza il proprio pensiero — una affermazione giuridica indebolisce invece quella che è la sostanza, anche perché credo di sapere, in ogni caso mi auguro e in ogni caso chiedo, e il Presidente della Giunta non è qui, però se fosse qui credo che me ne darebbe conferma subito, che domani al comitato interministeriale per la programmazione al CIP, riunione alla quale parteciperà il Presidente Dalvit a rappresentare la Regione, le due Province, proprio nel momento in cui si decide sulla delimitazione delle zone depresse del centro-nord, io, ripeto, spero e auguro, chiedo, ma ho ragione di sapere, di ritenere, che Dalvit chiederà per la provincia di Trento almeno per buona parte, o almeno per la parte di fondovalle della provincia di Trento, sosterrà la tesi che è zona depressa, e non zona montana, e si opporrà alla tesi governativa nel contesto di quello che ho detto questa mattina, cioè che la programmazione, è sempre un qualcosa di cui teoricamente si discute, siamo tutti d'accordo e tutti vediamo bene, nella pratica invece ci comportiamo diversamente. Per quanto riguarda la provincia di Trento penso che di certo la Giunta regionale sosterrà questa tesi, e la Giunta provinciale del resto, unitamente alla Giunta regionale in una riunione fatta congiuntamente a Roma con i rappresentanti del Ministero addetto a questo settore, ha sostenuto che almeno la Val d'Adige, che almeno la Valsugana, che almeno determinate zone devono essere considerate depresse. Ma soprattutto noi ci opponiamo, (poi a Roma definiranno quello che credono, ma quando avranno deciso a Roma la responsabilità non sarà nostra, questo lo dico già a priori proprio anche per salvare le spalle al Presidente Dalvit, perché io mi rendo conto che potrà vincere la battaglia e la potrà perdere, perché a Roma

camminano su binari e con certi criteri che sono quelli che sono), noi ci opponiamo, e penso che la Giunta si opponga, al fatto e alla proposta, al pensiero di Roma che vuol definire l'intera Regione, sia la Provincia di Trento, sia la Provincia di Bolzano, *sic et simpliciter* come zona montana, proprio per le ragioni che ha espresso lei, con quelle conseguenze notevoli, terribili — mi pare un aggettivo eccessivo —, ma comunque molto importanti e negative che deriverebbero da questo fatto. Perché appunto allora sì che il pensare a una politica di industrializzazione nella valle dell'Adige diventa difficile, perché come giustamente ha detto lei, è logico che la Marzotto non verrà più, è logico che anche altre di queste industrie delle quali siamo andati sempre alla ricerca, perché ci danno maggiori garanzie perché hanno all'esterno il punto di appoggio e di partenza che evidentemente tranquillizza maggiormente tutti, non sono più possibili.

Ora dico, cerchiamo che l'affermazione di natura giuridica non indebolisca quella che a mio giudizio deve essere una ferrea e forte nostra affermazione, circa la depressione effettiva del territorio, secondo gli indici dettati da Roma, non secondo quelli che abbiamo inventati noi. E questo discorso, sia detto per inciso, a nostro giudizio vale, varrebbe per alcune zone anche della provincia di Bolzano, ma non intendo fermarmi su questo, non perché voglia isolarmi o non voglia considerarmi consigliere regionale, evidentemente perché son più addentro, per ragioni di ufficio non fosse altro, dentro nella problematica della provincia di Trento.

Altro punto, ne parlo anche se — altri due punti e poi ho finito —, anche se devo veramente ormai convincermi che certi discorsi non servono, generalmente almeno se esplicitati, perché l'ho detto all'inizio di questo breve

intervento, meglio sarebbe stato se qualche discorso fosse stato più esplicito, perché così era più facile e più chiaro capirsi. Il discorso del coordinamento dell'Assessore Benedikter, io non lo tocco evidentemente nella stessa direzione; a un certo momento dirà quale è questo coordinamento, perché altrimenti diventa veramente una tantologia sulla quale siamo tutti d'accordo. Il fatto che i due territori della provincia di Trento e di Bolzano siano interdipendenti è lapalissiano, il fatto che il territorio della provincia di Trento abbia delle interferenze vicendevoli, cioè a dritto e a rovescio, con le aree a noi circonvicine, vedi il Veneto, io non dico la provincia di Vicenza, dico tutto il Veneto e Belluno e tutto il triangolo industriale dall'altra parte, ed anche la parte più direttamente a sud, come Verona ecc., anche questo è estremamente evidente, fatto sul quale nessuno si permette di dubitare. Secondo, per quanto riguarda le interconnessioni affermate da lei ancora maggiori tra il territorio delle due province, quindi nel territorio regionale, perfettamente d'accordo. Ripeto qui una affermazione che ho avuto modo di fare recentemente in altra sede responsabile: personalmente — sarà un modo di vedere sbagliato — personalmente ritengo che lo sviluppo della zona industriale di Bolzano sia allo stato dei fatti indispensabile per un minimo di sviluppo industriale in provincia di Trento, questo, altro che interdipendenza! Già oggi l'industria di Trento, quella poca industria di Trento che esiste trova nella zona, nella zona soprattutto industriale di Bolzano, trova un non sufficiente ma comunque esistente punto di appoggio anche per sé stessa, perché l'altro punto di appoggio per la industria trentina sappiamo benissimo che è Milano, Brescia per un verso, entro certi limiti, per il resto è Milano. Quindi dico, stante la nostra situazione in provincia di Trento, che è quella

che è, evidentemente ripeto, è lapalissiano quanto vengo dicendo.

Oggi lo sviluppo della zona industriale di Bolzano si rivela più facile, più immediato, più vocazionale, son d'accordo con lei, che non a Trento dove ancora lo dobbiamo fare, perché a Trento non esiste disgraziatamente una zona industriale. Ripeto che questo è un fatto in cui personalmente credo e credo che sarà condiviso anche da lei. Oggi è assolutamente indispensabile (noi ci auguriamo che venga, se non verrà, cosa volete, tutte le cose seguono il loro andamento), ma oggi è estremamente importante per la provincia di Trento lo sviluppo della zona industriale di Bolzano. Ora, se di coordinamento si deve parlare, a un certo momento bisogna pur dir qualche cosa. Io qui evidentemente lavoro un po' ermeneuticamente e spero di sbagliare, spero veramente di sbagliare interpretando il suo pensiero. Per quanto riguarda almeno l'operato della provincia di Trento, attraverso la sua pianificazione urbanistica io credo che tutte le questioni del coordinamento (e poi fra il resto il coordinamento è una cosa che in ogni caso deve funzionare in tutte le direzioni, non è mai unidirezionale perché altrimenti non è coordinamento, ma se mai è subordinazione), la tematica coordinamento — pianificazione urbanistica —, programmazione economica, credo che almeno per quanto riguarda la Provincia di Trento (e lo devo arguire proprio dalle sue affermazioni, fatte alla conclusione di anni di discussione su questo argomento in consiglio provinciale, l'anno scorso) esse siano determinanti e che quindi concludano. Perché lei ha affermato a un certo momento che finalmente con la tecnica che l'anno scorso la Giunta provinciale di Trento ha espresso nel suo Consiglio su questo argomento, quello cioè del coordinamento fra le due categorie di pianificazione o di programmazione, e

pertanto (perché non è soltanto un concetto tecnico, ma diventa un fatto politico) e pertanto anche del coordinamento fra Regione e provincia di Trento quanto meno — in quanto si ritiene che la Regione non sia titolare della programmazione economica, ma comunque è titolare delle competenze, nei maggiori e nei più importanti settori economici, mentre le Province non lo sono — con quella teorica il coordinamento esisteva e in ogni caso non era minimamente intaccato neanche dalla approvazione del piano urbanistico provinciale proprio perché, per ripetere soltanto la finale di quel certo ragionamento al quale si era giunti la programmazione economica, oltre ad avere lo scopo evidentemente di dar corpo a una politica nei diversi settori economici razionalmente organizzata, vista e studiata ecc. può essere anche l'occasione, di una riverifica di determinate ipotesi di natura economica che evidentemente sono state poste alla base degli studi dei piani urbanistici, in provincia di Trento di sicuro, e anche in provincia di Bolzano; non solo, ma si diceva anche che le varianti al piano sono poi lo strumento che eventualmente è già predisposto legislativamente per fare quelle modifiche che in seguito alle riverifiche di natura economica dovessero apparire necessarie. Avrei piacere che mi confermasse una volta per sempre per quanto riguarda almeno il lavoro della Giunta provinciale di Trento, che confermasse se su questo tema la sua affermazione di un anno fa, fatta in Consiglio, quindi in ambiente estremamente responsabile, sia ancora valida.

Ma l'urbanistica e qui il discorso torna anche sull'argomento che ho toccato prima — evidentemente deve preoccuparsi in ogni caso, e questa è la sua funzione, di salvaguardare il territorio per determinate politiche di natura economica, perché se il territorio, piccolo come tutti abbiamo constatato, e con dimensioni eco-

logiche così modeste, affermazione questa sulla quale tutti noi siamo d'accordo, non viene salvaguardato dall'urbanistica, politiche economiche anche nel momento in cui tutti ci convinceremo che fossero possibili, non saremmo più in grado di attuarle. E da questo punto di vista evidentemente non mi riferisco soltanto alla programmazione economica nostra, perché su questo tema, quando ho parlato prima, avevo la tentazione di inoltrarmi sul discorso, per certi aspetti stimolante, che il cons. Pruner aveva introdotto, ma che non mi è parso nell'economia di questo disegno di legge. Evidentemente bisogna ben vedere anche da questo punto di vista quale tipo di politica bisogna fare, e se bisogna infrastrutturare prima o se bisogna industrializzare ecc., ma la cosa prima e certa da fare credo che sia questa. Come pure l'altra, cioè che evidentemente la programmazione nostra e la possibilità e quindi anche la vocazione industriale nei termini che dicevo inizialmente, sarà più o meno realizzabile, a seconda sì della politica che noi facciamo, ma certamente soprattutto a seconda della politica che in sede nazionale verrà fatta su tutto il fronte del settore industriale, perché non c'è dubbio che se si continuasse la politica attuale, se la programmazione nazionale non fosse in grado di invertire determinate tendenze oggi estremamente e così diffusamente in atto, non fosse in grado di correggerle, indubbiamente il nostro discorso sarebbe un discorso molto modesto, che non potrebbe incidere con tutte le controindicazioni che prima abbiamo dato.

Ecco, non ho altro da dire, ripeto, per quanto riguarda questo coordinamento, anche per la tranquillità di chi opera, perché sappiano gli organi se possono o non possono operare o se devono fare una cosa o se devono farne un'altra, per quanto riguarda il coordinamento, per-

ché più specificatamente riferito all'attività della Giunta provinciale di Trento, avrei piacere, signor assessore, che riaffermasse, a scampo di ogni equivoco, che riaffermasse il principio che dal punto di vista della pianificazione urbanistica da un lato e della programmazione economica dall'altro, una cosa sarà coordinata con l'altra, secondo la metodologia che da parte della Giunta provinciale di Trento è stata suggerita e che, ripeto, in sede di Consiglio provinciale è stata accettata anche da me.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola all'assessore Albertini.

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Sarò brevissimo. Al cons. Benedikter voglio osservare che il coordinamento è necessario in quanto dialogo e conoscenza reciproca dei problemi e dei temi, soprattutto volontà politica di determinare alcuni fini, alcuni indirizzi di fondo insieme, perché appunto le Province attueranno i piani urbanistici, la si parlava di una politica concertata; dopo i provvedimenti formali, sostanziali, ognuno li prende nella sede opportuna: evidentemente programmazione economica sarà attuata in sede regionale. Quindi non si vuol toccare la questione della competenza in maniera assoluta, è questione di dialogo e di persuasione. Sono perfettamente d'accordo con questa impostazione; come sono d'accordo che il nostro sviluppo deve tener conto dei residenti, di quelli che sono qui abitanti, non favorire una immigrazione artificiosa; mi pare che di questa tematica tutti sono convinti. Da ciò scaturisce certo che qui allora la necessità che l'istruzione professionale sia coordinata con lo sviluppo e con le previsioni dell'industria. Quindi niente da dire per quanto riguarda questo. Guardi Benedikter che la difesa delle competenze scolastiche della pro-

vincia da me a suo tempo attuata, è una cosa che non c'entra con la nostra questione. Io parlavo qui di questioni di natura economica mentre allora questa tematica non era sentinta, perché non eravamo ancora maturi.

Il cons. Kessler ha detto che io avrei fatto dichiarazioni eccessivamente involute, per cui sono necessarie delle interpretazioni. Ora, per chiarimento ulteriore io non voglio neanche per sogno venire qui a reintrodurre il discorso fra coordinamento urbanistico e programmazione economica. Il discorso riguarda il coordinamento fra i due piani urbanistici.

Lei stesso, cons. Kessler, stamattina mi diceva che non sa niente della provincia di Bolzano, né dell'occupazione, né dell'incremento di natalità, e così via . . .

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): (*Interrompe*).

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): No, non parlavo tanto di quello che ha detto il cons. Molignoni, ma di quanto perlomeno fra di noi dovrebbe essere conosciuto. Pensavo che come l'ha mandato a me l'abbozzo di piano urbanistico predisposto dall'ufficio di coordinamento urbanistico, la Provincia di Bolzano l'avesse mandato anche agli altri. C'è uno studio, un abbozzo, un'indicazione delle sorti e delle indicazioni che si vogliono dare al territorio di Bolzano, e poiché sono perfettamente convinto che le sorti del Trentino sono condizionate anche dalle decisioni in provincia di Bolzano e reciprocamente, io dico che anche se le due Province sono divise per competenza, almeno il dialogo per avere determinati fini comuni lo si deve avere.

KESSLER (Presidente G.P. di Trento - D.C.): Scusa, Albertini, chi contesta questo?

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D. C.): No, appunto, io non ho detto che questo. Noi siamo un'unità politica, economica ecc., per cui i fini essenziali devono essere ricercati in maniera comune, anche se le competenze son divise, però questo vuol dire che almeno bisognerà pur ragionare insieme, bisognerà pur che uno non prenda decisioni che possano incidere negativamente su quell'altro. Può essere un discorso teorico il mio, evidentemente, perché se questo è il fatto io sono qui soltanto per rallegrarmene. È certo che noi, Giunta regionale, per esempio, non riusciamo a fare una definizione della politica industriale perché questo non è definito in provincia di Bolzano ancora, mentre in provincia di Trento è più facile il farlo, in quanto perlomeno lì le previsioni del piano urbanistico caso mai sono per eccesso nei confronti delle quotazioni industriali della Giunta regionale, per cui la nostra impostazione trova sempre la possibilità di esplicarsi, perché trova un piano urbanistico che è in questo momento più ampio di quelle che sono le previsioni che facciamo noi, ma nel più ampio ci sta quel poco che facciamo, mentre per la provincia di Bolzano quello che facciamo già completa quello che è la richiesta, e qui c'è stato il dibattito di prima che chiede un aumento. È questo che dicevo io. Per quanto riguarda la vocazione industriale io ho detto che da noi vanno considerate prevalentemente industrie di servizio e non industrie di base, in quanto la montuosità, la strozzatura del fondovalle non consentono larghezza di manovre.

Per quanto riguarda le scelte tra decentramento e non decentramento, noi siamo, ho detto, per affiancare l'opera e la ricerca e la stimolazione di un certo decentramento, abbiamo il concentramento come supporto e un certo decentramento come alleggerimento. Quindi lì abbiamo anche una linea di fondo che è co-

mune al piano urbanistico di Trento e che è anche comune al piano urbanistico di Bolzano, il quale cerca giustamente di non intasare ma di alleggerire l'esistente situazione di Bolzano. Però io dico: questo concentramento non vada a danno del naturale sviluppo del polo che è di supporto con il resto, e su questo siamo anche d'accordo. Quindi la scelta politica è stata fatta. Io dicevo solo che sono ancora perplesso circa la riuscita in questo senso, perché manchiamo ancora di uno studio e di una conclusione sul turismo, manchiamo dello studio e della conclusione della conferenza sull'industria, e poi bisognerà vedere in concreto come andrà con la questione delle zone depresse.

Si sa che la tesi governativa è diversa e c'è pericolo di perdere questa battaglia. Volevo dire alla provincia di Bolzano soprattutto che la montuosità non è che sia un'equiparazione, bisogna stare attenti; è vero che l'art. 5 della legge 38 fa l'equiparazione dei territori montani, i provvedimenti della 623 sono estesi ai territori montani di cui alla legge . . . , è vero, però poi sostanzialmente le decisioni del comitato della programmazione nazionale comportano delle differenziazioni sostanziali, una delle quali è quella che ho detto io, che non si può guardare all'unità insediativa. Il che vuol dire che la grande industria, se vuole venire qui a fare uno stabilimento, non può farlo. Ecco perché quell'equiparazione non c'è, quindi ci battiamo per la zona depressa. Tutto ciò premesso non penso di essere stato poco chiaro nel discorso che ho fatto.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'art. 1: approvato all'unanimità.

Art. 2

Al complessivo onere di lire 3.000 milioni derivante dall'attuazione della presente legge si

provvede con stanziamenti da iscriversi negli stati di previsione della spesa della Regione in misura di lire 200 milioni a carico di ciascuno degli esercizi finanziari dal 1967 al 1981.

Alla copertura dell'onere di lire 200 milioni a carico dell'esercizio 1967 si provvede mediante prelevamento dal fondo iscritto al capitolo n. 1030 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio medesimo.

Pongo in votazione l'art. 2: unanimità.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno.

Prego distribuire le schede per la votazione.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

Votanti 35

31 sì

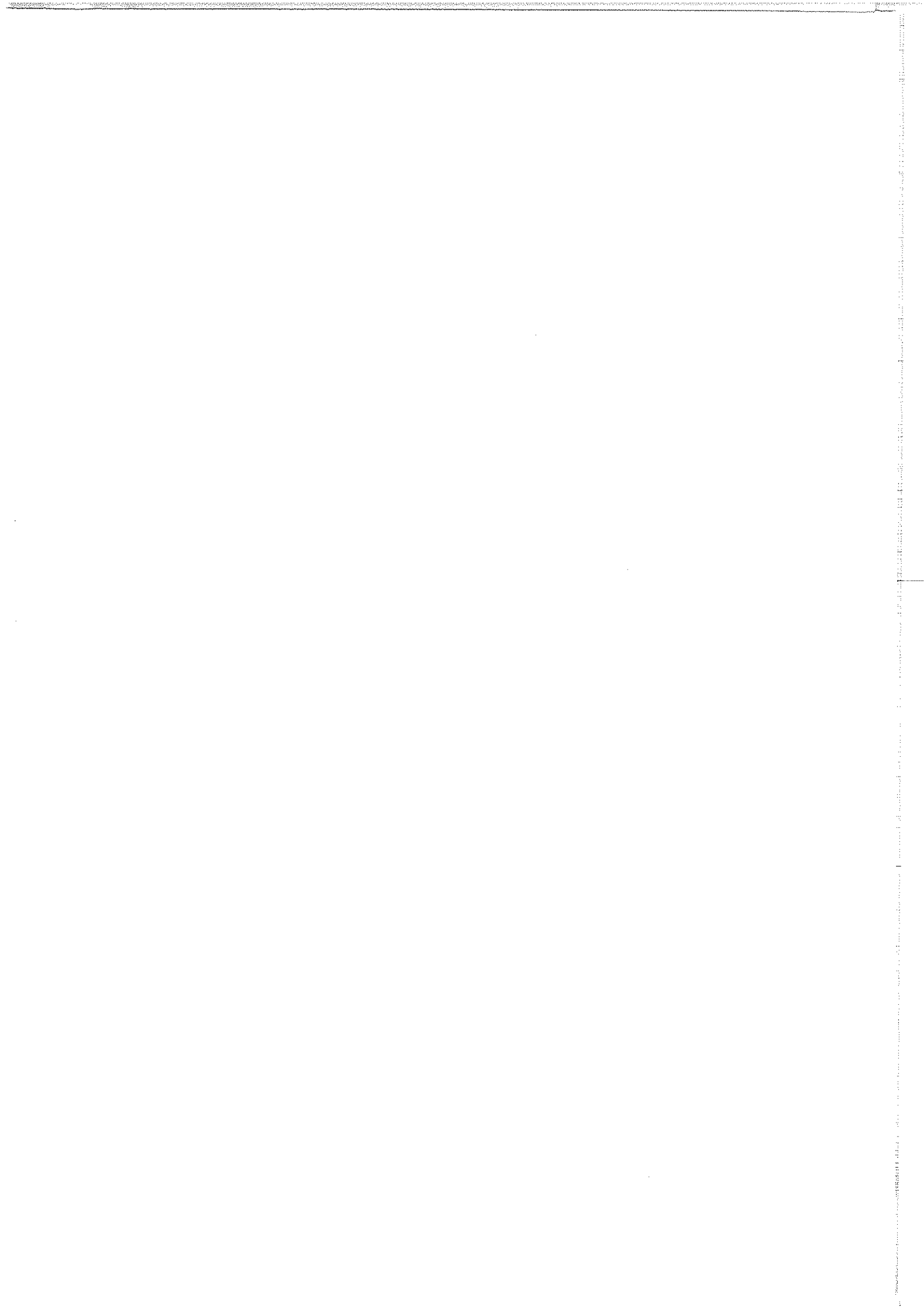
2 no

2 schede bianche

La legge è approvata.

La seduta è tolta e il Consiglio è riconvocato per il giorno 20 alle ore 10.

(Ore 17.20)



A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

